

Unter anderem in dieser Ausgabe:

FEMINISMUS: VON ANTISEXISMUS BIS FRAUENENGAGEMENT S. 4-7

KRIEG & FRIEDEN: GRUNDKONSENS UND TRADITION S. 14-15

KULTUR: FREUNDINNEN DER FOTOGRAFIE S. 16

AUFARBEITUNG: ÜBER FLUCHT, DEPORTATION UND HAFT S. 20-21

Veranstaltungstipp

Von Links gelesen - Buchmesse 2024

Im Rahmen der Leipziger Buchmesse 2024 finden wieder eine Reihe von Lesungen unter dem Slogan Leipzig liest statt. Hier sind alle Veranstaltungen, die aus unserem Umfeld organisiert werden.

Seite 22

Mitteilungsblatt

Ausgabe 02/2024

Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

Die Linke



Die Linke - Soli-Aktion auf dem Stadtparteitag, 2. Februar 2024

Photo: Yasmin Aydin

Programmatisch in die Kommunalwahl gestartet

Bettina Lorenz Die inhaltliche Vorbereitung zu den Kommunalwahlen 2024 stand im Mittelpunkt unseres Parteitages am 2. Februar im Felsenkeller. 200 GenossInnen diskutierten über den 2. Entwurf des Kommunalwahlprogramms der Leipziger Linken. Dieses steht unter dem Motto: „Sozial, Solidarisch, Stark – Leipzigs Zukunft gerecht gestalten.“ Seit dem letzten Parteitag im Oktober 2023, bei dem der erste Entwurf präsentiert wurde, legten zahlreiche MitstreiterInnen 31 Änderungsanträge vor. Zahlreiche wurden durch die Redaktionsgruppe und den Stadtvorstand übernommen, einige beim Parteitag votiert. Am Ende des (Partei-)Tages steht ein einstimmiger Beschluss zum neuen Wahlprogramm.

Mit diesem werden wir für bei den Kommunalwahlen am 9. Juni um Stimmen werben. Die Leipziger Linke legt damit ein Programm vor, welches auf 42 Seiten über 500 Forderungen

für die Leipziger Stadtgesellschaft enthält und sich in sieben Kapitel aufgliedert: Im Kapitel 1 formuliert die Partei ihre Vorstellungen zum Thema soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben. In diesem Bereich fordern wir u. a. die aktive Bekämpfung der Kinderarmut als oberste Priorität der Stadtpolitik. Aber auch die bessere Berücksichtigung der Belange älterer Menschen kommt nicht zu kurz. Im Kapitel 2 gehen wir auf unsere Ziele und Vorstellungen zum Thema sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit ein. Rekommunalisierung öffentlicher Unternehmen und die Begrenzung der Spitzengehälter in diesen. Ebenfalls wird darin die zivile Nutzung des Leipziger Flughafens und ein Nachtflugverbot verlangt. Das Kapitel 3 hat die guten Chancen für die nachfolgenden Generationen im Fokus. Dort fordern wir Linken eine kostenfreie und gesunde Mittagsversorgung für Kindergarten- und Schulkinder. Auch die

Einrichtung von weiteren Gemeinschaftsschulen und der Abbau des vorhandenen Investitionsstaus ist der Partei wichtig. Im Kapitel 4 formulieren wir unsere politischen Ziele zum Thema Recht auf Stadt und bezahlbares Wohnen für alle. In diesem Bereich fordern wir u. a. stärkere Bemühungen bei der Schaffung von dauerhaft bezahlbaren Wohnungen sowie beim sozialen Wohnungsbau. Aber auch das Zweckentfremdungsverbot für die widerrechtliche Umnutzung von Wohnraum soll gestärkt werden. Außerdem sollen die Kosten der Unterkunft jährlich angepasst werden. Das Kapitel 5 thematisiert die Mobilität, die uns allen nutzt. Darin werden Ideen vorgestellt, mit denen wir den öffentlichen Personennahverkehr stärken, den Fußverkehr fördern, den Radverkehr ausbauen und den Autoverkehr größtmöglich vermeiden. Das 6. Kapitel trägt den Titel: Bezahlbare Energie, Klimaschutz und genug Grün für

Fortsetzung auf Seite 2

Sprechstunden & Sozialberatung

Die Linke vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden und Termine

Die regelmäßigen Sprechstunden und Beratungstermine der Leipziger LINKEN sind für alle Interessierten offen und kostenfrei nutzbar. Mehr Infos dazu auf den Internet-Seiten der Büros oder per Telefon.

Sprechstunden:

- Di., 5. März 2024, 17:00 Uhr, WKB Grünau, Stuttgarter Allee 18 Bürgersprechstunde mit dem MdB und Stadtrat Sören Pellmann

Sozialberatungen:

- Hilfe Telefon 0174-41471385 Kontaktiert uns per SMS oder mit WhatsApp, Signal oder Telegram.
- jeden Di. 17:00 bis 19:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstraße 32, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 492 731 48
- jeden Do. 15:00 bis 17:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 308 11 99
- jeden 1., 3. und 5. Mi., 17:00 Uhr, Solidarische Beratung im Stadtteil, Ort: Taubestraße 2 (Nordost), Mail: sozialberatung-no@dielinke-leipzig.de

Mietsprechstunde:

- 3. Dienstag im Monat, 19:00 Uhr linXXnet, Brandstraße 15

Vereinsberatung:

- auf Anfrage: prinzessin@linxx.net

Im Stadtrat:

- Fraktionssitzung: Mi. 6 März 2024, 18:00 Uhr, RPL-Saal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung: Mi. 13. März 2023, 14:00 Uhr, Ratssaal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung (evtl. 2. Teil): Do. 14. März 2024, 16:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus

alle. Wir fordern darin den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energieanlagen im Stadtgebiet, so sollen zum Beispiel große Gewerbeparkplätze oder auch Garagenhöfe mit Solaranlagen bestückt werden. Für die Linke ist gute Klimapolitik immer auch soziale Politik. Im Kapitel 7, welches unter dem Titel „Wir sind alle Leipzig“ steht, wird sich mit den Themen Kultur, Sport und öffentliche Verwaltung auseinandergesetzt. Wir möchten eine finanzierbare und vielfältige Kultur für alle, mit bezahlbaren Eintrittspreisen. Da Sport für die Linken ein Motor des sozialen Zusammenhalts darstellt, wollen sie die Sportinfrastruktur konsequent sanieren und modernisieren. Ebenfalls modernisiert werden soll auch die öffentliche Verwaltung. Dafür wird eine gute und barrierefreie Erreichbarkeit sowie die digitale Erweiterung des Dienstleistungsangebotes notwendig sein. Das komplett überarbeitete Programm befindet sich auf der Homepage der Leipziger Linken unter www.dielinke-leipzig.de.

Ein Jahr harter Arbeit ist beendet: Die Linke Leipzig hat ein starkes, linkes Programm für die Kommunalwahl 2024 einstimmig verabschiedet. Vielen Dank an alle, die daran mitgewirkt haben. Wir verstehen dieses Programm nicht nur als Wahlkampfmittel, sondern als roten Faden für die zukünftige Arbeit im Stadtrat und unser Verständnis für eine Stadtpolitik mit klarer linker und sozialer Handschrift. Nun liegt ein Programm vor, welches wir als inhaltliches Angebot an

die gesamte Leipziger Stadtgesellschaft verstehen. Mit diesen programmatischen Grundhaltungen verfolgen wir unser Ziel, auch nach der Kommunalwahl 2024 als stärkste Fraktion die Interessen sozial engagierter Leipzigerinnen und Leipziger zu vertreten. Unser Ziel ist die soziale Teilhabe und die Erhöhung der Lebensqualität für alle Leipzigerinnen und Leipziger, denn die Stadt gehört allen!

Diese Ziele können wir nur gemeinsam angehen und erreichen. Zentrale Marksteine sind: Die lokalen Wahlprogramme von den Stadtbezirksverbänden und Vorstellungen der Kandidierenden für die Kommunalwahl, die bis zum 9. März fertiggestellt werden sollen; der Wahlkampfauftakt am 18. April (geplant: 16 Uhr, Kleiner Wilhelm-Leuschner-Platz) und der Plakatierungsauftakt in der Nacht vom 26. zum 27. April. Ich hoffe, auf euch zählen zu können. Wir werden in den nächsten Wochen unsere Genossinnen und Genossen abfragen, ob und wie sie uns im Wahlkampf unterstützen können. Macht mit, Leipzig bleibt rot!



Auf in den Wahlkampf '24!

News und Infos von Die Linke Leipzig gibt es jetzt auch in diesem Telegram-Channel.
#LeipzigbleibtRot #LinksWirkt

Die Linke

www.dielinke-leipzig.de

NahDran – Sören Pellmann Wahlkreisaktivitäten 2024

Marianne Küng-Vildebrand Monatliche Infostände – thematische Wahlkreistouren – saisonale Wahlkreistouren

Sören Pellmann arbeitet nach dem Motto #NahDran bei den Bürgerinnen und Bürgern und das gilt auch außerhalb der Wahljahre: immer und überall. Wir werden auch dieses Jahr genau so fleißig vor Ort zu sehen und ansprechbar sein, wie wir das auch schon in den vergangenen Jahren gemacht haben. Ganz egal ob wir im Bundestag als Fraktion oder, wie nun, als Gruppe vertreten sind. Sören ist von den Leipzigerinnen und Leipziger als ihr direkt gewählter Abgeordneter nach Berlin gewählt worden. Da spielt eine zeitweilige Schwächung unserer Partei keine Rolle. Er ist für seine Bürgerinnen unverändert im Jahr 2024 da!

Deshalb haben wir schon im Januar seine Aktivitäten und Touren im Wahlkreis für das ganze Jahr geplant. Jeden ersten Donnerstag im Monat ist zum Beispiel Infostand-Tag. An diesen Tagen sind wir ganztägig mit sei-

nen aktuellen Informationsmaterialien bei Infoständen unterwegs und für die Bürgerinnen direkt sicht- und ansprechbar. Zusätzliche führen wir saisonale Wahlkreistouren jeweils im Frühling, Sommer, Herbst und Winter durch, dabei sind wir eine vollständige Woche kreuz und quer an unterschiedlichen Standorten mit unserem Infostand-Material unterwegs. Aber nicht nur das, Sören geht auch viermal im Jahr jeweils eine ganze Woche während seiner spezifischen thematischen Wahlkreistouren zu Vereinen, Verbänden und Initiativen und lässt sich über ihre Arbeit und Problemlagen informieren.

Dadurch hat er einen guten Überblick, was in seinem Wahlkreis grad so ansteht und wo der Schuh drückt, welche Themen die Menschen beschäftigt und wo politisch nachgesteuert werden muss. Das führte zu

zahlreichen Anfragen und Anträgen im Bundestag und zu mannigfaltigen Hintergrundgesprächen, um damit für die Bürgerinnen Verbesserungen zu erlangen. Manchmal ist es auch hilfreich, Öffentlichkeit zu schaffen, sodass die Bundesregierung überhaupt auf gewisse soziale Problemlagen aufmerksam gemacht wird. Als Ostbeauftragter und Mitglied im Petitionsausschuss hat er sich bundesweit einen hervorragenden Namen erarbeitet und ist hochrespektiert.

Immer wieder kommen Gesprächsanfragen außerhalb seines Wahlkreises, zum Beispiel kürzlich bei den Bauernprotesten, erfragten zahlreiche Bauernverbände um ein Gespräch mit Sören. Aus ganz Sachsen sind sie nach Leipzig in sein Wahlkreisbüro gekommen, um mit ihm zu reden.

Landarbeiter:innen gesucht!

Adelheid Noack Ihr sucht Felder, Wiesen und gute Luft? Wollt einfach mal auf sächsischen Landstraßen kilometerweit ins nächste Dorf fahren, um an der einzigen Laterne, die es dort gibt, ein Wahlplakat aufzuhängen? Wollt durch frei laufende Hunde euren Adrenalinpiegel mal wieder so richtig in die Höhe trieben lassen? Wollt euch beim Flyerverteilen mal richtig bepöbeln lassen?

Dann seid ihr bei Die Linke Nordwestsachsen und Die Linke Westsachsen genau richtig.

Tausende Menschen gehen jede Woche in ganz Deutschland auf die Straße. Für viele sind die Enthüllungen des Recherchezentrums CORRECTIV und auch die aktuellen Umfragewerte der AfD ein Grund, sich klar zu positionieren und für viele ist es sogar der Grund, in unsere Partei einzutreten.

In den Landkreisen rund um Leipzig – ist die Lage doch etwas anders. Linke Menschen gibt es nur wenige, linke Mehrheiten schon gar nicht.

Doch noch immer leben die meisten Menschen in Sachsen im LÄNDLICHEN RAUM! Und das heißt für uns in den Landkreisen



Leipzig und Nordsachsen: Antifaschismus ist Landarbeit.

Nicht nur in Leipzig wird dieses Jahr gewählt, auch in 60 Städten und Gemeinden in den Nachbarlandkreisen: Landkreis Leipzig und im Landkreis Nordsachsen können die Bürger:innen dieses Jahr über ihre Stadt- und Gemeinderäte sowie ihre Vertreter:innen für das europäische Par-

lament und den sächsischen Landtag abstimmen.

So wie der Stadtvorstand und die Stadtbezirksverbände hier in Leipzig sind unsere Kreisvorstände und Ortsvorstände seit einigen Wochen damit beschäftigt, die Wahlen vorzubereiten, Kandidierende aufzustellen und den Wahlkampf zu planen. Schließlich wollen wir als Partei Die Linke von Markranstädt über Pegau, Borna, Markkleeberg, Wurzen, Torgau, Eilenburg, Delitzsch und vielen anderen Städten und Gemeinden nicht nur mit tollen Kandidat:innen antreten, sondern auch sichtbar sein. Dafür wollen wir in jeder Gemeinde Plakate aufhängen, wir wollen die Briefkästen mit unseren Informationen bestücken und natürlich auch ein paar tolle Aktionen durchführen: Angeln, Traktorfahren und vieles mehr.

Und wenn ihr Lust habt, uns dabei zu helfen, dann meldet euch:

Für Unterstützung im Landkreis Leipzig schreibt an:
jens.kretzschmar@dielinke-sachsen.de

Für Unterstützung im Landkreis Nordsachsen: info@luise-neuhaus-wartenberg.de

Am 8. März ist wieder Frauen*tag ...

Susanne Scheidereiter Eine Bestandsaufnahme

Seit dem ersten Internationalen Frauentag, den die Kommunistin Clara Zetkin am 19. März 1911 ins Leben rief, sind nun mehr 113 Jahr vergangen. Zentrale Forderungen waren zum Beispiel das Wahl- und Stimmrecht für Frauen, die Einführung des Acht-Stunden-Arbeitstages für alle, ausreichender Mutter- und Kinderschutz, die Festsetzung von Mindestlöhnen und gleicher Lohn bei gleicher Arbeitsleistung. Allein in Berlin demonstrierten 45.000 Frauen auf über 42 Veranstaltungen für mehr Gleichheit. Nicht umsonst wurde der Frauentag von den Nationalsozialisten verboten und durch den Muttertag ersetzt. Erst 1946 wurde er in der SBZ wieder eingeführt. Was ist davon geblieben?

Noch immer werden Frauen* von Männern abgewertet, ignoriert, zum Objekt gemacht, belästigt, bedroht, vergewaltigt und umgebracht. Dabei sieht die patriarchale Gewalt je nach Region sehr unterschiedlich aus: können sich Frauen* in den sogenannten westlichen „entwickelten Ländern“ relativ frei bewegen und auch selbst versorgen, müssen dabei wenigstens mit strukturellen Benachteiligungen zum Beispiel in der Erwerbsarbeit und durch Sorgearbeit leben, was jedoch wiederum Einschränkungen in ihrem öffentlichen/politischen Wirken nach sich zieht, werden sie anderswo mittels mittelalterlicher Kleidervorschriften in Schach gehalten und bei kleinsten Vergehen diesbezüglich eingesperrt und umgebracht (Iran) oder gleich ganz aus dem öffentlichen Leben entfernt, von Bildung und eigenem Broterwerb ferngehalten und jeder Zukunft beraubt wie in Afghanistan. Mit dem Risiko, durch Männerhand zu sterben, müssen alle Frauen* und FLINTAS überall leben. Femizide gibt es auch hierzulande. Diese Aufreihung von Arten und Formen der Diskriminierung von weit über 50 % der Menschen unseres Planeten ließe sich noch endlos lang fortsetzen, doch entscheidend sind hier zwei Fragen:

1. Warum ist das eigentlich (immer noch) so?
2. Wann ändert sich das mal und vor allem: wodurch?

Oft wird vermutet, dass es mit der Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse, was für alle Bewohner:innen unserer Erde und sie selbst ein echter Gewinn wäre, auch vorbei wäre mit dem Patriarchat. Nun ist dieses aber älter als der Kapitalismus, sodass wir leider annehmen müssen, dass die Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen* weiter bestünde, wenn der Kapitalismus abgeschafft wäre. Schade eigentlich! Daraus ergibt sich deshalb die Notwendigkeit, zwei Kämpfe gleichzeitig zu führen: der Kampf um eine andere, ressourcenschonende, klima- und menschenfreundliche Produktionsweise sowie der gegen die patriarchale Herrschaft, die am Ende alle Geschlechter befreien soll, auch die Männer.

Dabei ist es illusorisch, dass Frauen* und FLINTAS den (queer) feministischen Kampf alleine führen können, hier sind auch profeministische Männer nötig, wie es Kim Posster in ihrem Essay „Männlichkeit verraten“ proklamiert: Männer solidarisieren sich mit Frauen*, unterstützen sie, verhalten sich nicht oder weniger sexistisch und treten aus ihrer Komfortzone heraus. Soweit so gut, doch bisher hat dieser gut klingende Ansatz noch zu keiner Änderung der Geschlechterverhältnisse geführt. Leider werden Frauen* weiterhin allermeistens auch in linken Strukturen und Zusammenhängen in ihren anti-sexistischen Kämpfen allein gelassen. Aus Tätern, die sexualisierte Gewalt verüben, werden Opfer gemacht, sie können sich der Solidarität der anderen Männer und leider oft auch Frauen* sicher sein. Was zur Folge hat, dass Frauen* oft keine Kraft und Motivation mehr haben, diese Kämpfe überhaupt noch zu führen. Verständlich, so meine ich.

Was nun? Männlichkeit ganz abschaffen und das Übel mit der ganzen Wurzel raus ziehen!, meint hier Kim Posster. Wenn die Gesellschaft sich also von den Zurichtungen der Zweigeschlechtlichkeit, der geschlechtlichen „Arbeitsteilung“ im Kapitalismus und von diesem selbst befreien will, so fordert es die Autorin in ihrer Hauptthese, müssten Männer ihre Männlichkeit abschütteln.

Aha, klingt erst mal ganz sinnvoll. Und wie soll das gehen? Also ganz praktisch:

1. Was kann ein Mann tun, um weniger männlich, damit dominant und patriarchalisch zu sein?
2. Wollen das Männer eigentlich? Aus welcher Motivation heraus sollten sie ihre Privilegien, ihre Männerbünde, ihre Souveränität aufgeben?

Zu 1.) Männer sollen nach Posster selbst anti-patriarchale Kämpfe führen, nicht nur Frauen* in ihren unterstützen, und zwar, und hier sind wir bei der Frage der Motivation: aus ihrem eigenen Interesse an einer befreiten Gesellschaft. Ja, Männer sollen ihre sogenannte „Männlichkeit“ verraten, und zwar nicht nur allgemein in linken „kritischen Männlichkeitsrunden“, wo man schön abstrakt darüber debattieren kann, was wäre wenn, sondern ganz konkret in Betrieben, Schulen, Familien und der eigenen politischen Organisation. Das bedeutet für die Akteure Reflexion, Konfrontation, Sanktion, Ausschluss, Spaltung innerhalb der patriarchalen Gemeinschaften, und das gilt es auszuhalten. Es geht!

Bis wir soweit sind, und es gibt durchaus positive Tendenzen, halten wir als FLINTAS unsere exklusiven Plena ab, treffen uns in separaten Arbeitsgemeinschaften und Gruppen. Machen unsere eigene Demo am 8. März um 16.00 Uhr. Beschäftigen uns regelmäßig (in unregelmäßigen Abständen) mit Sexismus. Stellen Forderungen, wie bspw. die Aneinanderreihung von 89 Ehrenbürgern der Stadt Leipzig endlich aufzubrechen; die Ernennung Channa Gildonis ist ein guter Anfang. Verleihen Frauen*preise, wie am 1.03.24 in Dresden, den Clara-Zetkin Preis oder den Anna-Hirsch Preis in SOE in schöner Tradition am 8. März. Veranstalten unsere eigenen Festivals, um in unserer Vielfalt sichtbar zu sein, so am 4. Mai auf dem Leipziger Marktplatz. Und versuchen so, die patriarchalen Verhältnisse in kleinen Schritten aufzubrechen.

Fühlt euch alle eingeladen! (Auch die Nicht-FLINTAS:)



Umgang mit Sexismus/sexistischer Gewalt in der Linken

Sonja Buchterkirchen & Johanna Glameyer, AG Lisa Im Rahmen des Internationalen Gedenktages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen hatte die AG Lisa am 25. November 2023 zu einem Vortrag über „sexualisierte Gewalt“ eingeladen. Bei diesem Treffen entstand der Wunsch nach weiterer Auseinandersetzung mit Thema. Besonders die Frage nach Möglichkeiten des Umgangs und der Unterstützung von Betroffenen stand dabei im Vordergrund. Ein Bericht zu diesem ersten Treffen mit Hintergrundinformationen zum Thema erschien in der Doppelausgabe des Winter-Mitteilungsblattes (Dezember 2023/Januar 2024).

„Sexismus“ oder „sexualisierte Gewalt“ bezeichnet grundsätzlich alle Handlungen und Umgangsweisen mit „geschlechtlichem“ und/oder sexuellem Bezug und geschehen ohne Einwilligung der Person, auf die sie sich beziehen. Dies kann körperliche, sexuelle sowie psychische und emotionale Gewalt sein. Der Begriff „Gewalt“ schließt aber auch ganz subtile, abwertende, manipulative Verhaltensweisen mit ein, deren Ziel das Herstellen von Dominanz ist und die die Grenzen einer anderen Person verletzen. Abwertung, Übergriffigkeit, Verhöhnung, Verfolgung, Vorteilsnahme sind unvereinbar mit dem Selbstverständnis und den gesellschaftspolitischen Überzeugungen und Zielen der Partei Die Linke. „Diese wichtigen Ziele – gesellschaftlich wie innerparteilich – beschreiben zugleich den Weg und die Zukunft unserer Partei.“

„Als Partei erwarten wir von jedem Mitglied Haltung gegen Sexismus und sexistische Gewalt.“ Es dürfte klar sein, dass Maßnahmen und Maßnahmenkataloge innerhalb der Partei nur notwendig sind, weil es in der Vergangenheit übergriffige Verhaltensweisen einzelner (meist Männer) gegeben hat. Gewaltvolle, dominante Umgangsweisen führen zu befremdlichen, schmerzlichen,

verstörenden oder sogar traumatischen Reaktionen bei Betroffenen. Dies führt ggf. auch dazu, dass Menschen sich in unserer Partei unwohl, ungeschützt, unsicher fühlen und in ihrer politischen Mit-Arbeit begrenzt werden. Das kann soweit gehen, dass sie die Partei verlassen.

Das, was wir politisch erreichen möchten und wofür wir nach außen stehen, muss innerhalb der Partei im Umgang miteinander selbstverständlich sein. Insofern ist nicht nur die Umsetzung von Maßnahmen und Leitfäden ein Thema, sondern mindestens ebenso wichtig ist die (gleichzeitige) Aufklärung über Sexismus/sexualisierte Gewalt. Nur durch Wissen und Verständnis wird sich auch Verhalten verändern.

„Das Patriarchat durchzieht uns alle. Niemand von uns kann sich davon freisprechen. Der Verinnerlichung des Patriarchats entgegenzuwirken, ist nicht einfach.“ Im Gegenteil, das kann ein schwieriger, verunsichernder Prozess sein. Um so wichtiger ist es, „... sich der strukturellen und politischen Dimension von sexistischer Gewalt sowie der Machtverhältnisse bewusst zu sein.“

Mit dem „Leitfaden zum Umgang mit Sexismus und sexualisierter Gewalt in der LINKEN“, der auf dem Augsburgener Parteitag 2023 beschlossen wurde, liegt ein sehr deutliches und hilfreiches Papier vor. Es lieferte die Diskussionsgrundlage für das erste Folgetreffen der AG Lisa am 26.01.2024. Ein Ziel dieses Leitfadens ist es auch, Lernprozesse anzustoßen und die Basis für eine Fehlerkultur zu schaffen, „... in der Verhaltensweisen und Vorfälle entschuldigt, korrigiert und bearbeitet werden können.“ Entsprechend wurden im Rahmen der AG die folgenden Punkte aufgegriffen und sollen im Februar zunächst weiter im Rahmen der AG vertieft und konkretisiert werden:

- Möglichkeiten von Awareness-Teams auf Parteiveranstaltungen
- den Einsatz von Vertrauenspersonen (min. 2, besser 3), deren
- Vernetzung mit Beratungsstellen
- Möglichkeiten geeigneter Weiterbildungen/Schulungen
- ggf. Einladung externer Expert:innen zwecks Sensibilisierung/Schulung
- 1. von der Partei (auf Bundesebene) beauftragte externe, unabhängige Expert:innen sind zu finden unter: <http://www.die-linke.de/partei/expertinnen-kommission/>
- Möglichkeiten, einen Eindruck von der derzeitigen Situation im Stadtverband zu bekommen
- 1. hierzu hat die AG Lisa eine Anfrage gestellt
- 2. außerdem gibt es Überlegungen, ggf. eine Umfrage zum Thema zu entwickeln

„Als linke Partei arbeiten wir mit aller Kraft daran, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (vgl. MEW 1: 385). Diese Forderung ist im Programm der Linken aufgenommen und leitet unsere politische Praxis an.“ Dieses Ziels verfolgt auch die AG Lisa. Durch ihr Bemühen, für das Thema zu sensibilisieren, möchte sie zur Etablierung der im o. g. Bundesleitfaden genannten notwendigen Fehlerkultur für gelingende Umlernprozesse beitragen. Eine solidarische Parteikultur und einen diskriminierungsfreien Raum für gleichberechtigte Menschen können und müssen wir alle gemeinsam schaffen.

Alle Zitate entstammen dem „Leitfaden zum Umgang mit Sexismus und sexualisierter Gewalt in der LINKEN“

Vertrauenspersonen gesucht

Die Linke Leipzig sucht ehrenamtliche Vertrauenspersonen für die Themen sexualisierte Gewalt und Mobbing sowie rassistische, sexistische, antisemitische oder sonstiger Beleidigungen.

Die möglichen Aufgaben sind:

- Erste Kontaktperson für Betroffene und Ratsuchende
- Information über Rechte/Reaktionsmöglichkeiten weitergeben
- situationsbedingte Unterstützung und Nachsorge von Betroffenen

- Dokumentation von Vorfällen im Stadtverband
- Zusammenarbeit mit dem Stadtverband sowie der Vertrauensperson auf Landesebene
- Sensibilisierung der Mitglieder

Falls Du Interesse hast, daran mitzuwirken, dann sende bitte bis zum 8. März eine E-Mail an Kay (Kay.Kamieth@dielinke-leipzig.de) oder eine kurze Vorstellung mit dem Stichwort "Vertrauensperson" an die Geschäftsstelle: Die Linke Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig.



Frauenengagement im Blick

Johanna Glameyer, AG Lisa Im Januar eröffneten gleich zwei Ausstellungen, deren Blick auf dem Engagement von Frauen lag, mit denen Frauen gewürdigt und ihre Leistungen herausgestellt werden. Darüber hinaus möchten sie Mut machen - nach der Devise: Wir brauchen alle Argumente! Frauen in die Parlamente!

Am 15.01.2024 um 18 Uhr fand die Ausstellungseröffnung von #EUwomen im Stadtbüro Leipzig am Burgplatz 1 statt. Noch bis zum 2. Februar 2024 ist sie dort zu sehen. #EUwomen wurde als Wanderausstellung von der Freien Hansestadt Bremen in Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland konzipiert. Auf den Ausstellungstafeln kommen Pionierinnen des vereinten Europa zu Wort und Frauen, die nach ihnen in der europäischen Politik wirken.

„Frauen haben bereits in der ersten Gründungsphase der Europäischen Union aktiv und wegweisend an der Entwicklung der europäischen Idee mitgewirkt: Von Ursula Hirschmann als europäische Föderalistin der ersten Stunde über Simone Veil, erste Präsidentin des Europäischen Parlaments, bis hin zu Sofia Corradi, der Gründerin des EU-Austauschprogramms Erasmus. Die Ausstellung stellt sie vor und porträtiert weitere Politiker:innen und Aktivist:innen, die bei der Gestaltung der europäischen Integration die Ziele, wie Chancengleichheit, Geschlechtergerechtigkeit und Frauenrechte als Menschenrechte verfolgen.“, so Claudia Eifers auf der Bremer Webseite.

Mit 39 % ist der Frauenanteil im EU-Parlament höher als in manch anderem Bereich. Durch Frauen an der Spitze der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank treten Frauen in Führungspositionen stärker in die öffentliche Wahrneh-

mung. Für Parität oder eine Vorreiterrolle in der Politik und anderen gesellschaftlichen Bereichen müssen jedoch noch einige Erfolge erreicht werden. Die Ausstellung möchte Frauen anregen, die Chance zu politischem Engagement und zur Mitgestaltung wahrzunehmen.

Katharina Wolf (Vorsitzende EUD Sachsen) eröffnete die Ausstellung und moderierte den interessanten Abend. Auf dem Podium saßen Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (Ministerin für Justiz und Gleichstellung a. D.), die auch den einleitenden Kurzvortrag hielt, Genka Lapön (Leiterin Referat Gleichstellung Stadt Leipzig), Sophie Seyfert (stellv. Vorsitzende Europäische Frauen Union), Prof. Dr. Ewa Tuora-Schwierskott (stellv. Vorsitzende Deutsch-Polnische Jurist:innenvereinigung), Emely Schäfer (Vorsitzende JEF Sachsen). Diskutiert wurden Fragen wie „Weshalb ist es wichtig, Frauen für die Teilnahme an Wahlen zu interessieren?“, „Wie können Frauen zu politischer Betätigung motiviert und darin begleitet werden?“, „Was hat sich bereits verbessert?“, „Welche Hürden gilt es noch zu nehmen?“, wobei auch das Publikum einbezogen wurde.

Genka Lapön betonte, dass EU-Politik bis in die Kommunen wirke, weshalb die Präsenz von Frauen im EU-Parlament wichtig sei. Übereinstimmung herrschte darüber, dass Frauen ihren Einfluss geltend machen müssen, damit überhaupt entsprechend relevante Themen Berücksichtigung finden. Ewa Tuora-Schwierskott verwies auf die Wichtigkeit hoher Wahlbeteiligung. In Polen hat wesentlich die Wahlbeteiligung von Frauen mit fast 75 % einen politischen Veränderungsprozess ermöglicht. Hinsichtlich der Unterstützung interessierter Frauen* sprach Angela Kolb-Janssen über Tandem-Programme, in denen erfahrene Politikerinnen „Neulinge“ begleiten.

Vertrauen in Selbstwirksamkeit, Zutrauen in die eigenen Fähigkeiten, überzeugende (innere und äußere) Werte und der Wunsch nach Mit-Gestaltung wirken als Triebfedern für Engagement.

Im Soziokulturellen Zentrum Frauenkultur Leipzig, Windscheidstraße 51, folgte am 18.01.2024 um 17 Uhr die Eröffnung einer Ausstellung, welche sich engagierten Leipzigerinnen aus Gegenwart und Vergangenheit widmet. Dort ist sie noch bis 12.03.2024 zu sehen. „Wirklichkeit [endlich] begreifen: Frauen* entsprechend ehren, Jetzt!“ Ist Ausdruck von Wertschätzung und Anerkennung für zahlreichen Frauen*, die sich für Leipzig verdient gemacht haben. Die Idee zur Ausstellung liegt in der Historie der Verleihung des Leipziger Ehrenbürger:innen-Rechts.

Seit 1832, also in gut 190 Jahren, hat die Stadt Leipzig dieses insgesamt 90-mal verliehen – an 89 Männer und ein Mal an eine Frau. Vor etwa 15 Monaten, am 24.10.2022, wurde mit Channa Gildoni die erste Ehrenbürgerin Leipzigs benannt, gerade noch rechtzeitig vor ihrem Tod - denn diese Würde kommt nur Lebenden zuteil. Sie ist eine der höchsten Auszeichnungen der Stadt und wird verliehen an natürliche, lebende Personen, die sich „in herausragender Weise um Mitmenschen, um das Gemeinwohl, um die Stadt Leipzig, ihr Ansehen oder ihre Entwicklung verdient gemacht haben.“

„Leipzig ist eine Stadt, in der seit Anbeginn Frauen aktiv tätig waren und immer noch sind – eine Stadt, in der Frauen* gesellschaftlich vieles mit-/angeschoben haben und „am Laufen halten“ – und sich „in herausragender Weise“ für das städtische Gemeinwesen verdient gemacht haben –.“



Bilder der Eröffnungsveranstaltung #EUwomen am 15.01.2024, Quelle: Johanna Glameyer

Dieser Sachverhalt tritt kaum öffentlich zu Tage, was sich im oben bezifferten deutlichen Ungleichgewicht wieder spiegelt. Einerseits drücken sich hierin gesellschaftliche Macht-/Strukturen der jeweiligen Zeit aus. Es zeigt andererseits, dass patriarchale Gesellschaftsstrukturen in Leipzig bis heute wirken – anzumerken ist auch, dass an den Vergabe-Entscheidungen zur Ehrenbürger:innen-Würde bisher keine Frau beteiligt ist.

Im Einladungstext zur Ausstellung heißt es: „Diese seit über 190 Jahren so deutliche städtische Nichtachtung hervorragender Leistungen von Frauen* ist erschütternd & empörend. Sie ist ebenso eine Nichtachtung unserer demokratischen Rechtsstaatlichkeit. Bezugnehmend auf Grundgesetz Artikel 3 korreliert dieser gesellschaftspolitische Sachverhalt nicht mit den demokratischen Ansprüchen der Stadt Leipzig. Er ist im Gegenteil eine Verletzung des Anspruchs eines demokratischen Gemeinwesens.“

Dem tritt die AG Frauenprojekte entgegen: „Von April 2023 bis März 2024 wurden monatlich Vorschläge für Ehrenbürgerinnen* bei der Stadt Leipzig eingereicht. Und um dieses starke Ungleichgewicht öffentlicher Würdigung – die Leistungen von Frauen* betreffend – noch deutlicher sichtbar zu machen, wurde/wird zu jeder aktuellen Einreichung eine weitere Frau* posthum vorgeschlagen, die diese Ehrung der Stadt Leipzig ebenfalls verdient gehabt hätte.“ Eingereicht wurden/werden die Vorschläge durch Vereine, Vertreterinnen der AG Frauenprojekte Leipzig: Frauenkultur e. V.,

GEDOK, Sabine Lubetzki, AG Lisa, Louise-Otto-Peters-Gesellschaft, MONALiesA und das Genderkompetenzzentrum Sachsen.

Eröffnet hat diese wichtige Ausstellung Christine Rietzke, langjährige Geschäftsführerin der Frauenkultur und Urgestein feministischer Themen und Geschlechtergerechtigkeit. Einige der vorgeschlagenen Frauen* konnten an diesem Abend anwesend sein und vor Ort den ihnen zustehenden Beifall entgegen nehmen. Für musikalische Begleitung sorgten IZABELA KAŁDUŃSKA (Polen) an der Violine, GAL LEVY (Israel) an der Gitarre und FRIEDERIKE VON OPPELN-Bronikowski (Deutschland) an der Klarinette als Trio HERJE MINI mit Balkan-Folk, Klezmer- und Ladino-Musik.

Wer über die Ausstellung hinaus bedeutende Leipzigerinnen, ihr Leben und ihre Leistungen kennenlernen möchte, kann dies auf der Webseite der Stadt Leipzig. Hier stehen derzeit 235 Porträts von Frauen unterschiedlicher Epoche, Herkunft oder Bildung zur Verfügung und geben Einblick in Frauengeschichte und die Geschichte von Frauen seit dem 15. Jahrhundert.

Beide Veranstaltungen machen deutlich, wie wichtig es ist, dass Frauen* sich trauen,

sich in Gesellschaft und Politik einbringen, sich einsetzen für das, was ihnen am Herzen liegt und ihre Stimme nutzen – sei es bei Wahlen, in Parteien und Parlamenten, Stadträten und Landtagen, Gewerkschaften und Gremien, Initiativen und Vereinen. Frauenengagement ist unverzichtbar und braucht Würdigung!

Zitate und Webseiten:

Das Zitat von Claudia Elfers zu #EUwomen entstammt: <https://www.bremen-innovativ.de/2022/03/ausstellung-euwomen/>

Alle Zitate zur Ausstellung der AG-Frauenprojekte sind entnommen: <https://agfrauenprojekte-leipzig.com/ehrenbuergerinnen-der-stadt-leipzig/>

Alle Frauenportraits finden sich hier: <https://www.leipzig.de/jugend-familie-und-soziales/frauen/leipziger-frauenportraits#c48555>



Ein gelungener Start ins neue Jahr bei der Linken Nürnberg mit MdB Sören Pellmann

Kathrin Flach Gomez Vorsitzende Die Linke Bayern

Am 20. Januar fand bei der Linken in Nürnberg die erste Kreismitgliederversammlung des Jahres statt. Im vollbesetzten Saal des Nachbarschaftshauses Gostenhof fanden sich etwa 60 neue sowie langgediente Genoss:innen ein.

Geladen war der Bundestagsabgeordnete und Gewinner des Leipziger Direktmandats Sören Pellmann, der sich Zeit genommen hatte, die Reise auf sich zu nehmen, ein Grußwort zu halten sowie seine Einschätzung zur Lage der Partei mit den Anwesenden zu teilen. Seine Worte fanden viel Zustimmung bei den Genoss:innen. Er verdeutlichte, dass die Arbeit an der Basis das Fundament unserer Partei ist und nur dort, wo wir solidarisch als Team agieren, in der Kommune gut verankert sind bzw. unsere Verankerung ausbauen - durch Ansprechbarkeit, vor Ort sein und gelebte Klassenpolitik - erfolgreich sein und zu alter Stärke zurückfinden können. Dabei hilft uns kein Apparat aus Funktionär:innen, keine Berliner Blase, sondern wir müssen gemeinsam selber anpacken - über Strömungsgrenzen hinweg - und unsere Pluralität leben. Denn gerade die Strömungskämpfe in Berlin, dort, wo der Apparat der Partei sitzt, die von Funktionär:innen teils in die Kreisverbände vor Ort hineingetragen werden, lähmen die Partei seit Jahren und sorgen an der Basis für Unverständnis und dafür, dass sich einst engagierte Genoss:innen abwenden. Auch der permanente Anschein

inhaltlicher Unentschlossenheit der Berliner Parteiführung, wenn Grundsätze aus dem Erfurter Programm nicht mehr klar nach außen vertreten werden, etwa in der Friedensfrage, sorgt dafür, dass Genoss:innen und Wähler:innen nicht mehr wissen, wofür Die Linke steht. Hier muss ebenso angesetzt werden, damit unsere Partei auf Grundlage des Programms wieder ein Fels in der Brandung für Friedensbewegte, abhängig Beschäftigte und Antifaschist:innen wird.

Die Debatte der Genoss:innen im Nachgang an die Ausführungen des Leipziger Gastes spiegelte genau diese Sorgen wieder, jedoch ebenso die Freude darüber, in einem Kreisverband beheimatet zu sein, in dem genau das gelebt wird: das solidarische Zusammenwirken von Genoss:innen aus unterschiedlichsten Kontexten sowie die Treue zu unserem Erfurter Programm.

So berichtete der Kreisvorstand von unzähligen Straßenfesten, bei denen Die Linke Nürnberg im vergangenen Jahr präsent war, von Arbeitskämpfen der Beschäftigten, bei denen in praktischer Solidarität Kaffee ausgeschenkt wurde, von vielen Kundgebungen an der Seite derer, die sich in Bündnissen für ein besseres Leben für alle Menschen in der Stadt und weltweit einsetzen und von den bayernweit besten Ergebnissen zur Landtags- und Bezirkstageswahl für unsere Partei, die dank des unermüdlischen Einsatzes der Genoss:innen eingefahren

werden konnten. Und auch die Stadtratsgruppe berichtete, wie aus der Opposition heraus und zusammen mit den Mitgliedern der Partei vor Ort - die sich mit Ideen und praktischem Support einbringen - für Veränderungen gekämpft wird. Der größte Erfolg des Jahres war hier das 19-Euro-Sozialticket, das nun in ganz Deutschland genutzt werden kann und nur dank des Einsatzes der Linken so günstig angeboten wird.

Im Anschluss an Berichte und Debatte wurden zwei Mitglieder mit jeweils sehr guten Ergebnissen in den Kreisvorstand nachgewählt: Lothar Gritschke (Kreisvorsitz) und Sven Ulfig (Mitglied im erweiterten Vorstand). So können nun die krankheitsbedingten Ausfälle kompensiert werden und der Vorstand ist wieder komplett.

Zum Abschluss des Tages gab es bei leckerer Pizza, Pasta und Wein in einem nahe gelegenen italienischen Restaurant mit über 60 Teilnehmenden aus dem Kreisverband und den Gästen aus Leipzig noch eine kleine Überraschung für langjährige Genoss:innen: Zum ersten Mal fand eine Ehrung langjähriger Mitglieder statt, die mindestens 10 Jahre Mitgliedschaft in der Partei aufweisen konnten. Mit einer Urkunde und einem Guttschein für das Casablanca-Kino wurden die Jubilant:innen geehrt - eine schöne Tradition, die nun jedes Jahr stattfinden soll und den Abend ganz wunderbar abgerundet hat.



Fotos: Team Pellmann

Die Gemeinschaftsschule in Leipzig: Ein Weg zu chancengerechter Bildung

Nancy Hochstein und Luise Neuhaus-Wartenberg Vom Volksantrag für Längeres Gemeinsames Lernen zum ersten Gemeinschaftsschul-Neubau in Leipzig - Die Linke macht es möglich!

In Leipzig bahnt sich eine wegweisende Veränderung im Bildungsbereich an – am Dösner Weg entsteht der erste Gemeinschaftsschul-Neubau. Wir setzen uns leidenschaftlich für eine inklusive Bildungspolitik ein, und die Gründung dieser Schule ist ein bedeutender Schritt in diese Richtung.

Die Gemeinschaftsschule repräsentiert einen innovativen Ansatz, der auf Chancengleichheit und Inklusion basiert. Durch die Zusammenführung von Schülerinnen und Schülern verschiedener Leistungsniveaus forciert sie eine individuellere Förderung, unabhängig von sozialen Hintergründen. Diese inklusive Ausrichtung eröffnet die Chance, verborgene Talente zu entdecken und gezielt zu entwickeln.

Neben der fachlichen Bildung legt die Gemeinschaftsschule besonderen Wert auf die Förderung sozialer Kompetenzen. Im gemeinsamen Lernen und Arbeiten werden Teamfähigkeit, Empathie und Respekt gestärkt. Diese soziale Dimension trägt nicht nur zur soliden Gemeinschaft innerhalb der Schule bei, sondern legt auch den Grundstein für verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Die Vielfalt der Begabungen wird an der Gemeinschaftsschule besonders gefördert. Ein breit gefächertes Bildungsangebot ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern, ihre individuellen Interessen zu vertiefen. Egal ob in den Naturwissenschaften, der Kunst oder im Sport – die Schule bietet die Möglichkeit zur persönlichen Schwerpunktsetzung.

Ein weiteres herausragendes Merkmal der Gemeinschaftsschule ist das demokratische Lernmodell. Die Schülerinnen und Schüler werden aktiv in Entscheidungsprozesse einbezogen, was nicht nur demokratisches Verständnis fördert, sondern auch Eigenverantwortung und Partizipation stärkt. Diese demokratische Grundhaltung bildet die Basis für die Entwicklung mündiger Bürgerinnen und Bürger.

Florian Berndt, Vorsitzender "Länger Gemeinsam Lernen - Gemeinschaftsschule in Sachsen e. V." freut sich über die Entwicklungen: "Das Engagement zahlt sich aus und kann ein Anstoß zur Errichtung von mehr Gemeinschaftsschulen in ganz Sachsen sein!

Gemeinschaftsschulen können den Weg zu Bildungsgerechtigkeit ebnen und begleiten, da an ihr alle Kinder in die Möglichkeit versetzt werden, das Abitur zu erlangen; indem der Lernerfolg jedes Einzelnen in den Mittelpunkt gestellt wird, wertet sie die anderen Abschlüsse, insbesondere den Realschulabschluss auf. Eine Entwicklung, die nicht nur unseren Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft zu Gute kommt."

Die Linke setzt sich mit der Einführung der Gemeinschafts-

schule in Leipzig für eine zukunftsorientierte Bildungspolitik ein. Die Schule vermittelt nicht nur Wissen, sondern fördert auch Werte wie Solidarität und Chancengerechtigkeit. Sie wird einen nachhaltigen Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung leisten und unterstreicht die Überzeugung, dass Bildung der Schlüssel zu einer gerechten Zukunft ist."

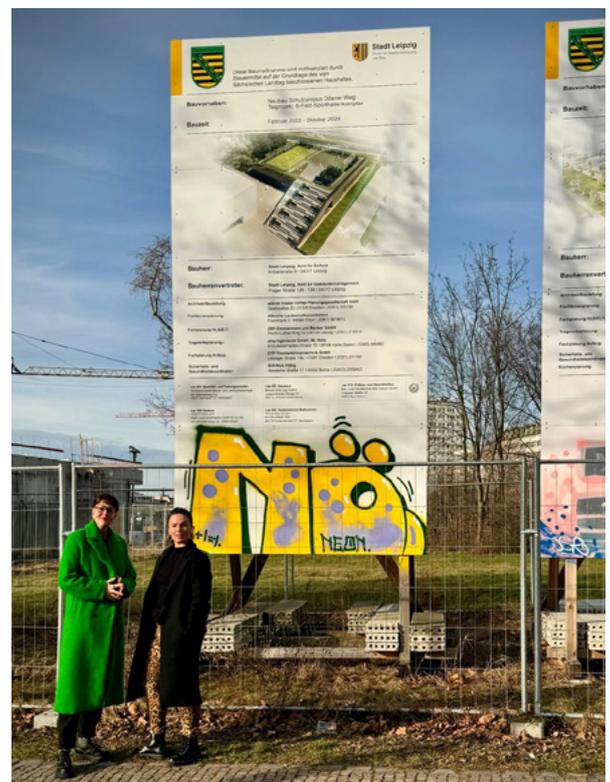


Foto: Daniel

News aus der Landtagsfraktion #2

Marco Böhme +++ kostenfreies Mittagessen +++ Polizeigesetz ist verfassungswidrig +++ 70.000 Familien in Armut +++ höherer Gender-Pay-Gap +++ Sachsen Monitor +++ Wahlalter senken +++ von Erneuerbaren Energien profitieren +++ Bauernproteste +++ +++ Flughafenstreik +++ endlich einen Landespflegebeauftragten schaffen +++ unsere Vorschläge zur neuen Verfassung +++

Bei uns gab es keine Winterpause. Zahlreiche Kleine Anfragen und parlamentarische Initiativen hat unsere Fraktion seit dem letzten Newsletter wieder in den Landtag und dabei einiges zum Vorschein gebracht. Alle Anträge findet ihr im elektronischen Informationssystem auf der Webseite des sächs. Landtags. Aber der Reihe nach...

Kostenfreies Mittagessen für alle Kinder – Bürgerrat-Empfehlung umsetzen!

Der Bundestag hat 2022 den Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ eingesetzt – dieser empfiehlt nun mit höchster Priorität, allen

Kindern bundesweit in Kitas und Schulen eine kostenfreie und gesunde Mittagsversorgung anzubieten. Wir unterstützen das und beantragen wiederholt, die Mittagsversorgung in Kitas und Schulen endlich umzusetzen.

Thüringen, Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern machen es vor. Denn auch wer nur ein geringes Einkommen erzielt – das betrifft in Sachsen außerordentlich viele Vollzeitbeschäftigte –, soll seine Kinder gut ernähren können! Zum Antrag: DS 7/15505

Erfolg vor Gericht – das sächs. Polizeigesetz ist in Teilen Verfassungswidrig

2019 hatten sich 35 damalige Abgeordnete der Fraktionen DIE LINKE und Bündnis 90/ Die Grünen an den Verfassungsgerichtshof gewandt und viele Vorschriften im neuen Polizeigesetz angegriffen. Jetzt liegt das Urteil vor und zieht klare Grenzen für die Bürgerrechte. Polizeiliche Eingriffsbefugnisse weit im Vorfeld konkreter Gefahren sind verfassungswidrig. So wurden Überwachungs- und Zwangsmaßnahmen ohne deutlichen Anfangsverdacht und klaren Anlass vom Gericht kassiert. Im Landtag

fordern wir jetzt erneut eine umfassende Reform des sächs. Polizeigesetzes. Zum Antrag: DS 7/15711.

In Sachsen leben 70.000 Familien und jedes fünfte Kind in Armut

Mit unserer neusten Großen Anfrage haben wir erfahren, wie es um die Familien in Sachsen steht. Pandemie, Preissteigerungen, Unsicherheit und Zukunftsängste haben insbesondere einkommensschwache Familien stark belastet und tun dies bis heute - finanziell, zeitlich, zunehmend auch psychisch. All das wirkt sich auf die Kinder und das Familienleben aus. Insgesamt sind etwa 70.000 Familien im Freistaat arm beziehungsweise armutsgefährdet. Kinderreiche Familien und Alleinerziehende tragen das größte Armutsrisiko.

Jedes fünfte Kind wächst in Armut auf. Daher haben wir in einem Entschließungsantrag umfassende Maßnahmen von der Staatsregierung eingefordert. Ein wichtiges Instrument wäre eine kostenfreie und gesunde Mittagsversorgung in Kita und Schule. Die auf der Bundesebene geplante Kindergrundsicherung verdient ihren Namen nicht – die Landesregierung muss hier selbst tätig werden! Die Lage von Familien, in denen Menschen mit Behinderung leben, liegen der Staatsregierung sogar nicht vor, daher braucht es dort dringend entsprechende Erhebungen und natürlich Angebote, die diese Familien besonders im Fokus haben. Zum Antrag: DS 7/14588.

Gender-Pay-Gap: Lohnlücke zwischen Männern und Frauen ist viel zu hoch!

Lohndiskriminierung ist ein Gerechtigkeitsproblem. Es handelt sich nicht um eine Privatsache, mangelndes Verhandlungsgeschick oder eine falsche Berufswahl. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts ist ein strukturelles Problem. Alle Bemühungen und Appelle, die Lohnlücke zwischen Män-

nern und Frauen zu schließen, zeigen keine nennenswerte Wirkung. Beim unbereinigten Gender-Pay-Gap werden die Stundenlöhne von vollzeitarbeitenden Männern und Frauen verglichen, beim bereinigten Gender-Pay-Gap zusätzlich Faktoren wie Qualifikation, Berufserfahrung und Erwerbsbiographie berücksichtigt.

2021 lag die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen laut dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung unbereinigt bei 7,7 Prozent, bereinigt sogar bei 11,4 Prozent. Die Linksfraktion fordert strukturelle Veränderungen, damit gleichwertige Arbeit ohne Ansehen des Geschlechts gleich entlohnt wird. Zum Antrag: DS 7/15706.

Sachsen-Monitor zeigt: Klare Haltung für Menschenrechte ist nötig!

Der Sachsenmonitor 2023 zeugt von tiefstehender Verunsicherung, die einerseits soziale Ursachen hat und andererseits die Folge stümperhafter Regierungspolitik ist. Die Studie ist ein neuerlicher Weckruf an die Regierung: Sie müssen Orientierung bieten, Gerechtigkeit schaffen und dafür sorgen, dass das öffentliche Leben funktioniert, wie wir es seit langem fordern. Doch leider glänzt insbesondere der Ministerpräsident mit dem Nachplappern menschenverachtender AfD-Parolen und befeuert damit die aufgeheizte Stimmung im Land.

Ressentiments gegen Langzeiterwerbslose, Menschen muslimischen Glaubens oder ausländischer Herkunft sind zur Mehrheitsposition geworden, auch der Antisemitismus wächst. Die Regierenden müssen die Zivilgesellschaft stärken und deren Impulse aufnehmen. Das setzt eine klare Haltung voraus, die in der Regierungspolitik genauso vertreten werden muss wie bei der Familienfeier, auf der Straße und an der Wahlurne: Denn Menschenrechte gelten für alle gleichermaßen!

Der CDU beitreten, aber nicht die CDU wählen dürfen?

Mehr als zwei Drittel der 16- und 17-Jährigen in Deutschland dürfen Gemeinderäte und Kreistage wählen, in Baden-Württemberg dürfen sie sogar kandidieren. In Sachsen sind die jungen Leute hingegen ausgeschlossen, außer von der Europawahl – absurd! Die Koalition muss das Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen senken. Trotzdem hat die Koalition unseren Entwurf abgelehnt. Muss erst ein Gericht den Fortschritt anordnen, wie einst in der Schweiz? Eine weitere Absurdität: Man kann zwar mit 16 Jahren CDU Mitglied werden, aber genau diese Partei verwehrt das Grundrecht auf Wahlen den jungen Menschen in Sachsen. Zu unserem Gesetzesentwurf: DS 7/12706.

Betreiber von Wind- und Solarparks sollen Teil der Erträge an die Bevölkerung abgeben!

Bezahlbare Energie gibt es bald nur noch aus erneuerbaren Quellen. Umso wichtiger ist es, Wind- und Solarenergie stärker zu nutzen. Die Vorbehalte gegenüber dem Bau neuer Windräder oder Solarparks sind jedoch vielerorts groß – schließlich haben die wenigstens Menschen etwas davon, wenn vor ihrer Tür ein Windpark entsteht. Wir wollen das wiederholt per Gesetz ändern, denn die Leute müssen an den Anlagen in ihrer Nachbarschaft mitverdienen. Zum Gesetzesentwurf: DS 7/15543.

Gerechtigkeit für die Bauern schaffen!

Die Proteste aus der Landwirtschaft bestimmen seit langem die Agenda. Wir haben großes Verständnis dafür, dass viele Menschen gegen die Kürzungspolitik der Ampel aufbegehren. In einer Erklärung haben wir auf die Grundsatzprobleme der Bäuerinnen und Bauern hingewiesen und mehr Gerechtigkeit gefordert – darunter eine Übergewinnsteuer für Lebensmittelkonzerne, Schritte gegen Spekulation und eine gesetzliche Re-



gelung, die Bodenerwerb ermöglicht. Zum gemeinsamen Forderungskatalog der linken Landtagsfraktionen und der Bundestagsgruppe: <https://gleft.de/5vn>

Misswirtschaft am Flughafen belastet Beschäftigte, während Konzerne profitieren

Die beiden großen sächsischen Flughäfen werden bestreikt. Seit Jahren fordern wir, die Mitteldeutsche Flughafen AG neu auszurichten und haben aufgezeigt, dass die Flughäfen jährlich zweistellige Millionenverluste machen. Sie speisen viele ihrer Beschäftigten mit Niedriglöhnen ab. Jetzt sollen deren Bedingungen noch schlechter werden. Für die Logistikkonzerne ist das alles ein gutes Geschäft, denn sie profitieren von niedrigen Preisen für Starts und Landungen.

Ordentliche Löhne sind das Mindeste, zumal die Vorstände sich für ihre schlechte Leistung sehr gut bezahlen lassen! Es muss dringend ein größerer Teil der Konzerngewinne abgeschöpft werden, indem die Entgelte für Starts und Landungen auf ein im Bun-

desvergleich angemessenes Niveau erhöht werden. Zum Antrag: DS 7/13710.

Ein Landespflegebeauftragter ist längst überfällig!

Die Landtagsmehrheit lehnte ab, dass eine unabhängige Pflegebeauftragte berufen wird. Diese Stelle soll die Betroffenen beraten und deren Interessen gegenüber den Leistungserbringern, Kostenträgern und Behörden wahren. Dabei ist klar: Pflegebedürftigkeit betrifft immer mehr Menschen – sie brauchen eine starke Stimme in der Landespolitik, die von den Parteien unabhängig ist. 2015 waren etwa 167.000 Menschen im Freistaat pflegebedürftig, 2021 schon fast doppelt so viele. 2035 wird mit 326.000 Pflegebedürftigen gerechnet. Zu deren Versorgung bräuchten wir laut Statistischen Landesamt 80.000. Unsere Vorschläge findet ihr hier im Antrag DS 7/14877.

Verfassungsdebatte: Linksfraktion will Sachsen gerechter, demokratischer und friedlicher machen

Die Koalition hat sich auf den letzten Metern

dieser Legislatur tatsächlich noch vorgenommen, die sächs. Verfassung zu ändern. Für eine 2/3 Mehrheit ist sie auf die Stimmen von uns angewiesen. Wir begutachten die vorliegenden Vorschläge und haben eigene eingebracht. Die Abstimmung erfolgt zum letzten Landtagsplenum im Juni.

Unsere Vorschläge: die Investitionsbremse muss weg; es braucht ein Sondervermögen zur Transformation für eine klimagerechte Wirtschaft und dem sozialen Ausgleich; Der Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Nazi-Ideologie muss Verfassungsrang haben; der Begriff ‚Rasse‘ muss aus der Verfassung gestrichen werden; Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre; der Tierschutz soll Verfassungsrang bekommen, kein Verkauf öffentlichen Eigentums ohne Landtagsbeschluss, öffentliche Infrastruktur wie z. B. Krankenhäuser sollen nur mit Zustimmung des Bürgerentscheid möglich sein und: endlich die Hürden für Volksbegehren senken.

Alte Messe zu eng gedacht

Siegfried Schlegel In der Stadtratssitzung am 24. Januar stand auch ein Antrag der Stadträtin Dr. Olga Naumov (Linke) sowie der Stadträte Heiko Bär (SPD) und Falk Dossin (CDU) zur strategischen Weiterentwicklung der Alten Messe zur Debatte. Biodiversität wird oft als Synonym zu Artenvielfalt verwendet. Dabei ist die Artenvielfalt ein Teilaspekt der biologischen Vielfalt. Der Begriff setzt sich zusammen aus dem griechischen bios (das Leben) und dem lateinischen diversitas (die Vielfalt). Biodiversität oder biologische Vielfalt ist ein Konzept der Biowissenschaften für die Vielfalt und Variabilität des Lebens in einem bestimmten Landschaftsraum oder in einem geographisch begrenzten Gebiet. Als wissenschaftlicher Fachbegriff setzt sich der Begriff aus drei Ebenen zusammen, der genetischen, die Anzahl und Artenvielfalt sowie die Ökosysteme und Vielfalt der Lebensräume. Sie sind damit wichtig für die Schutzwürdigkeit eines Gebietes für die Natur und nachhaltige Bedeutung für den Menschen.

Beschäftigt man sich intensiv mit der Entwicklung des Areals der Alten Messe sowie den Beschlüssen und Veröffentlichungen, würde man schnell zur Erkenntnis kommen: „Es ist alles schon gesagt, nur noch nicht von jedem und nicht jetzt“. Höchst fragwürdig auch die wahrheitswidrigen Feststellungen von Antragstellern in ihren Reden im Stadtrat, die Stadt hätte immer nur ein Zentrum für großflächigen Einzelhandel im Sinn gehabt. Tatsächlich gab es bereits Mitte der 1990er-Jahre am Deutschen Platz

den Neubau für das Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie gegenüber der Deutschen Bücherei (DB – 1912 gegründet). Diese war schon vor 1990 Depotbibliothek für deutschsprachiges Schrifttum auch für UNO, UNESCO und WTO. In Nachbarschaft waren in den 1980-er Jahren bereits neue Büchertürme entstanden. Nach 1990 wurde sie mit der 1946 in Frankfurt am Main gegründeten Deutschen Bibliothek vereinigt und tragen seit 2006 gemeinsam den Namen Deutsche Nationalbibliothek. In den letzten Jahren entstand noch ein Erweiterungsbau. Nach nur 14 Monaten Bauzeit wurde 2003 die Bio-City am Deutschen Platz fertiggestellt. Befördert wurde das Vorhaben durch den Beschluss der Sächsischen Staatsregierung im Jahr 2000 in Dresden und Leipzig je ein Zentrum für Bio- und Gentechnologie zu errichten. Die Bio City war von Anfang an als Keimzelle für neu entstehende Start-up-Unternehmen sowie für neu und sich entwickelnde Forschungseinrichtungen geplant, die kurzfristig eine Heimstatt brauchten, um sich mittelfristig in eigenen Neubauten auf der Alten Messe anzusiedeln.

Für die Biowissenschaften – darunter auch für Biodiversität – waren und werden Grundstücke am Deutschen Platz sowie beidseits der Zwickauer Straße und ostwärts bis zu Halle 16 + 17 vorgehalten. Der seit den 1990er-Jahren entstandene Biotech-Campus mit den Reservflächen ist mittlerweile gut erkennbar. Das Fraunhofer-Institut für Zelltherapie und Immunologie wurde statt in drei Bauabschnitten über mehrere Jahre

nach Fertigstellung des ersten kontinuierlich weitergebaut und fertiggestellt. Auch die Leipziger Außenstelle des Deutschen Zentrums für integrative Biodiversitätsforschung Halle-Jena-Leipzig (iDIV) als Institut der Deutschen Forschungsgemeinschaft zog im November 2012 zunächst in die Bio-City, um im Herbst 2020 in der unmittelbaren Nachbarschaft in der Puschstraße einen eigenen Neubau zu beziehen. Bereits 2019 erfolgte die Einweihung des iDiv-Forschungsgewächshauses im Botanischen Garten Leipzig der Universität.

Am 16. Oktober 1991 beschloss die damalige Stadtverordnetenversammlung (seit 1994 Stadtrat) die Verlagerung der Technischen und der Innenstadt-Messe sowie der agra in den Norden Leipzigs. Dort entstand bis 1996 ein modernes Messeareal mit guten Verkehrsanbindungen sowie kürzerer Entfernung zum internationalen Flughafen. Dessen Passagieraufkommen wurde bisher nie richtig ausgeschöpft. Der damalige Oberbürgermeister Dr. Hinrich Lehmann-Grube, Niels Gormsen als Leiter des Dezernates Stadtentwicklung und Raumplanung, aber auch die damalige PDS-Fraktion waren sich darin einig, dass auf der Alten Messe ein urbaner Stadtteil im Herzen der Stadt mit Zentrumsfunktionen in Ergänzung des kleinflächigen historischen Stadtzentrums für Wissenschaft, Forschung und universitären und Hochschuleinrichtungen – ergänzt durch größerflächigen Einzelhandel sowie Kultur und Sport entstehen soll. Dabei war damals vor allem an die Universität und

die HTWK gedacht. Auch sollten beispielsweise zwischen Allee Alte Messe und Bahneinschnitt mehrgeschossige sogenannte Stadtvillen entstehen. Im Ergebnis mehrerer Gutachterverfahren mit Vorschlägen für kompakte kleinräumige Quartiere mit einem großen Wohnungsanteil wurde schnell klar, dass dies zu extremen Nutzungskonflikten bei Kulturveranstaltungen im Freien führen wird. Da das betrachtete Areal aber von wohnungsgeprägten Stadtquartieren umgeben ist, entwickelte sich nachfolgend die Erkenntnis, auf der Alten Messe auf Wohnen ganz zu verzichten. Auch hatte Die Linke angeregt, zahlreiche Veranstaltungen in die Freiraumachse der Straße des 18. Oktober der Alten Messe vom Völkerschlachtdenkmal zu verlagern, da diese als Kerngebiet kaum Beschränkungen begründet. Diese Anregungen wurden nunmehr bereits in die Auslobung „Gutachterwerkstatt Brücke Straße des 18. Oktober/ Alte Messe“ übernommen und das Wettbewerbsgebiet bis zum Wilhelm-Külz-Park erweitert. Die für die Entwicklung des Areals der Alten Messe gegründete städtische Entwicklungs- und Vermarktungsgesellschaft (LEVG) sowie die Stadtverwaltung und parlamentarischen Gremien haben über viele Jahre gute Erfahrungen mit Kolloquien, Stadtwerkstätten und Workshops für die Erarbeitung und kontinuierlichen Fortschreibungen des Rahmenplanes für das Gesamtareal der Technischen Messe und Umgebung ge-

macht. Es war von Anfang an klar, dass damit gewaltige Herausforderungen verbunden sind: Es sollte ein lebendiger Stadtteil mit innerstädtischen Funktionen entstehen, die aber nicht in Konkurrenz zu denen im Stadtzentrum treten. Außerdem sollten möglichst viele Denkmalsbauten und Bauwerke erhalten und nachgenutzt werden – also große Chancen und Risiken zugleich. Mit PORTA, Fahrrad STADLER und HORNBACH-Baumarkt wurden und werden neben den von der Denkmalpflege unter Schutz gestellten Hallen 11, 12 und 16 und Doppel-MM nunmehr zusätzlich die Hallen 2, 12-15 und 17 vollständig oder teilweise erhalten.

Wichtig war den Beteiligten immer, dass die Ergebnisse der jeweiligen Veranstaltungen der Öffentlichkeit auf Bürgerforen, Publikationen in und in Ausstellungen zur Diskussion gestellt, bevor durch die Verwaltung Beschluss- bzw. Informationsvorlagen ins parlamentarische Verfahren gebracht wurden. So wurde bereits im 2. Halbjahr 1992

ein mehrstufiges kooperatives Gutachterverfahren mit dem Ziel durchgeführt, ein städtebauliches und funktionales Konzept für das Areal der Technischen Messe mit rund 52 ha und des Umfeldes mit rund 43 ha zu erarbeiten. Zum damals betrachteten Umfeld gehörte auch das heute als „Alte Messe West“ bezeichnete Quartier mit der nunmehr sportlich und kulturell genutzten Großmarkthalle „Kohlrabizirkus“, eine zu erhaltende Kleingartenanlage und der neu gebauten Zwickauer Straße, über die auch die Stadtbahnlinie 16 geführt wird, einschließlich der südlich gelegene Messegrund, der Deutsche Platz und die Curiestraße, auf der in gestapelter Funktion der Neubau einer Kita und Förderschule errichtet wurde. Die Ergebnisse des Verfahrens bildeten die Grundlage für einen ab November 1992 zu erarbeitenden Rahmenplan. Nicht unberechtigt stand damals die Befürchtung im Raum, dass die Areale verramscht würden und nur ein tristes Büroviertel mit Wohngebäuden entsteht.



Stadtratsnotizen

Siegfried Schlegel Bericht vom Stadtratsgeschehen im Januar

Anträge der Linken beschlossen

Stadt und Land, Hand in Hand – erneuerbare Energien gemeinsam ausbauen. Unter diesem Motto hatte die Linksfraktion durch Antrag die Gründung eines Gremiums bzw. regelmäßige Akteurstreffen von Stadt und Umland angeregt. Die Diskussionen in den Ausschüssen und im Stadtrat ergaben, dass es keines zusätzlichen Gremiums ohne Kompetenzen bedarf. Viel mehr gibt es mit dem Regionalen Planungsverband Leipzig Westsachsen bereits ein solches Gremium mit Entscheidungskompetenz, das auch aktuelle Themen und Entwicklungen aufgreift, Entscheidungstransparenz oder Konfliktausgleich gewährleistet, die Planwerke aufstellt sowie deren Umsetzung in Zusammenarbeit mit den Kommunen und den Vorhabensträgern übernimmt. Um nunmehr auch den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen, beschloss der Stadtrat, dass die Verwaltung bis zum 2. Quartal über gemeinsame Aktivitäten und Gespräche mit den Umlandkreisen berichtet. Gegen Stimmen der AfD beschloss der Stadtrat auch den Antrag unserer Partei durch städtische Elektroschrottsammlung

die Entsorgung zu erleichtern und so Ressourcen schonen.

Anträge des Jugendparlamentes beschlossen

In der Fassung des Vorschlages der Verwaltung beschloss der Stadtrat Anträge des Jugendparlamentes zur Prüfung einer Kooperation mit dem Verein Heimwegtelefon, der ein sicheres Heimkommen in der Nacht vor allem von Frauen unterstützt. Ebenso wird im Rahmen der Erarbeitung des neuen Leipziger Sportprogrammes auch eine Änderung der Entgelt- und Sportstättenvergabeordnung zur entgeltfreien individuellen Nutzung der kommunalen Sportstätten für Vereine und Gruppen geprüft, die nicht dem Stadt- bzw. Landessportbund angehören.

Weitere Anträge beschlossen

Ebenfalls in der Fassung des Verwaltungsvorschlages beschloss der Stadtrat den Antrag der CDU-Fraktion zur freien Fahrt bei Not- und Störungseinsätzen auch an Sonn- und Feiertagen sowie die Nutzung von öffentlichen Flächen mit Sondernutzungserlaubnis. Kurzfristig soll auch über

die Genehmigung von Anträgen über Stellflächen für Hubbühnen und Krane im öffentlichen Verkehrsraum entschieden werden. Beschlossen wurde auch die Einrichtung von Sonderparkbereichen für Pflegedienste und Handwerk im öffentlichen Raum. Die Linksfraktion wies zu Recht darauf hin, dass Pflegedienste kurzzeitig, dafür aber täglich solche Stellplätze benötigen, während Handwerker diese zwar meist ganztägig, aber nur für wenige Tage in einer Straße benötigen. Da sich das von der Fraktion Freibeuter beantragte Sofortprogramm Hitzeaktionsplan bereits in Erarbeitung befindet, sicherte die Verwaltung zu, dass der Entwurf bis Mitte Oktober vorgelegt wird, damit rechtzeitig Haushaltsanträge für 2025/26 gestellt werden können. Mit Mehrheit beschloss der Stadtrat den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne lokale Partner bei der Schaffung einer Saatgutbibliothek zur Abgabe und Abholung von Saatgut von gentechnikfreien regionalen Obst- und Gemüsesorten zu unterstützen.

Not mit der Notdurft beenden

Weil das gesamtstädtische Toilettenkonzept

Es war empfohlen worden, den Entwurf des Architektenbüros von Prof. Coersmeier aus Köln als Grundlage weiterzuverfolgen. Sah doch der Entwurf den Erhalt und die Nachnutzung der von den Messehallen geprägten Quartiere der Alten Messe vor und sollten nur die umgebenden Quartiere neu geordnet werden. Das ermöglichte in all den Jahren den weitestgehenden Erhalt der Messehallen und deren Umnutzung. Deshalb konnten nachfolgend auch parallel laufende Wettbewerbs- und Bebauungsplanverfahren für einzelne Bauvorhaben beantragt werden. Diese betrafen dann oft vorrangig die Fassaden. Mehrere Entwürfe wurden im städtischen Gestaltungsforum zur Diskussion gestellt, wenn die Kubaturen und Gebäudehöhen vorbestimmt waren. Ebenso waren die Trassen der unterirdischen Stadttechnik sowie die Verkehrswege und Parkflächen geklärt. Profitiert haben dadurch die zahlreichen beschleunigten Wissenschafts- und Gewerbeansiedlungen. Im Gegensatz zu anderen Standortentwick-

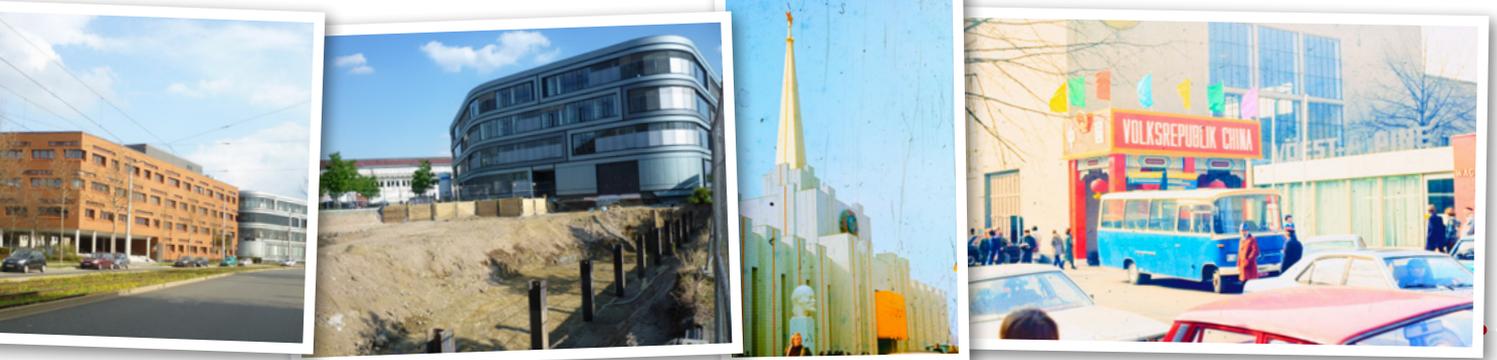
lungen auch in anderen Städten, musste die LEVG ihre Ausgaben immer aus den Einnahmen von Mieten und Pachten selbst und ohne städtische Zuschüsse bestreiten. Da die Alte Messe 1990 zum Zeitpunkt des Einheitsvertrages noch Betriebsgelände war, konnten die Straßen und Plätze nicht wie öffentliche in den Folgejahren gefördert werden.

Zu berücksichtigen ist ebenso, dass 2004 im Zusammenhang mit den Olympiaplanungen auch Hallen und Flächen auch auf der Alten Messe verplant wurden. Da Leipzig vorgesehen ist, bei den nächsten in Europa geplanten Olympischen Sommerspielen ein Austragungsort für Wettkämpfe in einzelnen Sportarten werden könnte, muss dies bei den weiteren Planungen beachtet werden.

Seit 2023 ist die LEVG für die integrierte Entwicklung nicht nur für die historische Alte Messe,

sondern auch für die Entwicklung der vorgenannten Umgebungsflächen zuständig. Kompakt ist die Entwicklung der Alten Messe seit 1991 genau vor einem Jahr in der Ausgabe 2-2023 in diesem Mitteilungsblatt veröffentlicht worden. Die vermarktungs- und bebauungsfähige Fläche auf der Alten Messe und dem Umfeld liegt derzeit bei rund 100.000 m². Da Forschungseinrichtungen in der Regel mehrgeschossig errichtet werden, liegt das noch vorhandene Bruttoflächenpotenzial bei 3-5-geschossiger Bauweise bei 300- bis 400- tausend Quadratmetern. All dies sind Gründe, nicht nur auf das aktuelle Thema Biodiversität und einen einzelnen auf dieses Thema spezialisierten Projektentwickler zu setzen, befruchten sich doch die Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen gegenseitig. Der Stadtteil ist einfach zu bedeutsam, als einseitigen politischen Profilierungen einzelner Stadträtinnen und Stadträte zu dienen.

Fotos: Siegfried Schlegel



überfällig ist, hatte die CDU die vorzeitige Realisierung von zwei dringend benötigten barrierefrei erreichbaren Toiletten am Markt bzw. an der Westseite des Hauptbahnhofs beantragt. Die Verwaltung hatte in ihrem Standpunkt zugesagt, das gesamtstädtische Umsetzungskonzept für öffentliche Sanitäreinrichtungen mit Standortpriorisierung, Ziel- und Ressourcenplanung bis Ende des ersten Quartals 2024 vorzulegen und dabei die beiden beantragten Sanitäreinrichtungen als wichtige Standorte zu berücksichtigen. Bereits 2017 (!) hatte der Seniorenbeirat das Toilettenkonzept beantragt, was der Stadtrat 2018 beschlossen hat.

Anträge von SBB beschlossen

In der Fassung des Verwaltungsstandpunktes beschloss der Stadtrat einstimmig den Antrag des Stadtbezirksbeirates (SBB) Mitte zur Einordnung von zwei zusätzlichen Bankstandorten in der Waldstraße, die trotz noch laufender Baumaßnahmen realisiert werden können. Ebenfalls einstimmig wurde der Antrag des SBB Nordost zur Errichtung eines Platzes der Generationen am Standort Wasserturm Mockau mit generationsübergreifenden Sport- und Freiraumangeboten.

Anfragen

Die Linksfraktion stellte Anfragen zu drohenden Kürzungen im Sozialen Arbeitsmarkt 2024 in Leipzig, zur Soll/Ist-Stellenbesetzung in Stadtverwaltung und Eigenbetrieben, zum Umgang mit Antisemitismus und Rassismus im Kontext des Krieges Israel/Gaza in Kitas und Schulen. Die Linke erfragte auch die Verfügbarkeit von Defibrillatoren in Schulen und Sporthallen, die Instandsetzung bzw. den Ausbau der Käthe-Kollwitz-Straße, den Umgang mit Stadtauben sowie einen Grundstücksverkauf durch die LWB. Juliane Nagel fragte zu Tempo-30 in der Wolfgang-Heinze-Straße sowie zu Mietspiegel-Mieterhöhungen und Zwangsräumungen. Sören Pellmann erfragte die Verkehrssituation in der Knautnaundorfer Straße, den Stand der Umsetzung eines kleinteiligen Konzepts für den WK 7 in Grünau Nord sowie die Nachnutzung des ehemaligen Konsums im gleichen Ortsteil. Oliver Gebhardt hinterfragte die Silvesterbilanz 2023, Wasserrohrbrüche in der Stadt sowie Schließzeiten von Schulen und Kitas.

Hinrich-Lehmann-Grube-Platz

Mit unzutreffenden Begründungen wie nicht

vorgesehenen Anschriftsänderungen wollte die AfD die Benennung der bisher zum Roßplatz gehörenden Platzfläche am Mägdebrunnen in Hinrich-Lehmann-Grube-Platz verhindern. Der dienstälteste Stadtrat Christian Schulze von der SPD würdigte in seiner Rede über den Oberbürgermeister von 1990 bis 1998 dessen besonderen, ideologiefreien und vor allem lösungsorientierten Politikstil, der unserer Stadt in den Jahren nach der Friedlichen Revolution sehr gutgetan hat.

Zusammen mit dem damaligen Stadtpräsidenten Friedrich Magirus beförderte er das im parlamentarischen Leben entstandene „Leipziger Modell“. Benannt wurde auch der Platz zwischen Prager und Karl-Siegismund-Straße nach Anna-Heinicke, die selbst mehrere Jahre die angrenzende Gehörlosen-Schule leitete. Zur Entscheidung standen weitere Straßen- sowie Platz-Neu- bzw. Umbenennungen an. Dabei wurde ohne Not auch die bisherige Praxis durchbrochen, keine Doppelbenennungen von Straßen- und Plätzen vorzunehmen, worauf Franziska Riekewald (Linke) in der Debatte am Beispiel des Liviaplatzes hinwies.

Der Grundkonsens gegen Antisemitismus braucht aktive Arbeit und eine inklusive Debatte

Juliane Nagel Das Massaker der Hamas an über 1.200 Menschen in Israel und Israels militärische Gegenreaktion sorgen weltweit für eine angeheizte Stimmung. Antisemitische Denkweisen, Handlungen, Drohungen und Gewalt gegen jüdische Menschen und Einrichtungen sind alltäglich – mehr als vor dem 7. Oktober.

In Deutschland stieg die Zahl der erfassten Straftaten exponentiell, das Dunkelfeld dürfte groß sein. Die Empathie mit den Opfern und den Verschleppten und ihren Angehörigen ist marginal und wir immer marginaler. Dies zeigt sich auch in der schnellen Schuldumkehr: Israel sei doch letztendlich selbst schuld, die Politik von Besatzung und Vertreibung seien ursächlich, so die Argumentation, die die Taten der Hamas letztendlich legitimiert.

Anlass zahlreicher Demonstrationen in Deutschland sind verständlicherweise die Blockade und der militärische Gegenanschlag Israels gegen den Gazastreifen. Die Opferzahlen summieren sich auf über

zwanzigtausend, die Bilder sind schwer zu ertragen, weltweit mehrte sich die Kritik am israelischen Vorgehen.

Gleichzeitig hat die politische Debatte in Deutschland deutlich rassistische Züge angenommen: CDU, AfD, FDP, aber auch Verantwortungsträger der SPD verweisen die Verantwortung für Antisemitismus auf Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte. In der Tat sind viele der Gaza-solidarischen Demonstrationen und Aktionsformate von Menschen aus arabischsprachigen Communities getragen.

Deshalb gilt jedoch noch lange nicht der perfide Umkehrschluss, dass alle Menschen aus diesen Communities, jeder Mensch aus dem nah- und mittelöstlichen Raum Antisemit*in und Hamas-Anhänger*in wäre – und dass es keinen deutschen oder europäischen Antisemitismus gäbe. Im Gegenteil war und ist das Gros der erfassten antisemitischen Vorfälle rechts motiviert. Der Anschlag auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019, bei dem zwei Menschen

ermordet wurden, führen deutlich vor Augen, welches drastische Ausmaß gewalttätiger Antisemitismus in Deutschland auch heute noch annehmen kann.

Ich erinnere mich angesichts der aktuellen Debatten an den Mai 2021 zurück. Seinerzeit waren im arabischen Jerusalemer Stadtviertel Scheich Dscharrah von Palästinenser*innen bewohnte Häuser geräumt worden, weil Jüd*innen Anspruch darauf erhoben. Diese und andere Zusammenstöße führten zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Israel und der Hamas mit vielen zivilen Opfern. In Reaktion darauf fanden auch in Leipzig Demonstrationen statt. An einem Samstag im Mai 2021 stand ich auf dem Augustusplatz zwischen einer pro-palästinensischen und einer pro-israelischen Kundgebung. Die Stimmung war angespannt, es kam im Anschluss auch zu gewalttätigen Handgemengen. Auch aktuell gab es aus einer palästina-solidarischen Demonstration in Leipzig heraus einen Angriff auf einen Journalisten.

Eindrücke bei der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration 2024

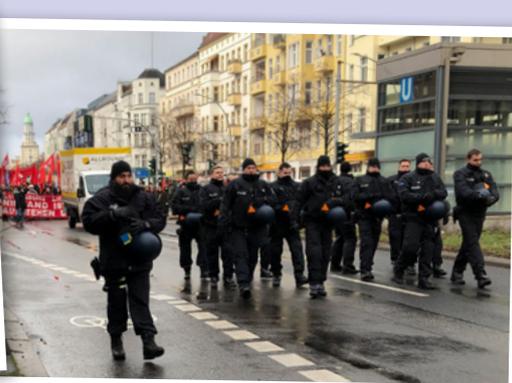
Renate Hofner Es war mir ein Bedürfnis als Antifaschistin an der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration 2024 gefolgte dem Aufruf des LL-Bündnisses teilzunehmen:

Gegen Krieg und Krise! Für Frieden und Solidarität! Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden am 15. Januar 1919 von rechten Freikorps mit Billigung der Noskes und Scheidemänner in Berlin ermordet. Ihr Todestag jährt sich zum 105. Mal. Ihr Kampf nimmt uns in die Pflicht, gegen Krieg und Aufrüstung, gegen Ausbeutung und soziale Verelendung aufzustehen. Der Weltfrieden ist akut gefährdet. Ein nukleares Inferno droht. Wir sind für einen sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine und die Aufnahme von Verhandlungen.

Da ich bereits in Berlin weilte, nutzte ich den Zug aus Leipzig nicht. Pünktlich 10:00 Uhr waren am Sonntag noch nicht so viele Demonstranten vor Ort, vielleicht noch nicht munter zum Sonntag. Aber die Polizei schon. Beängstigend viele Polizeibeamtinnen und -beamte – in voller Montur auf alles vorbereitet – beobachtete ich an jeder Straßenecke: vor uns, hinter uns, links und rechts. Ich suchte mir eine Fahne, unter der ich demonstrieren wollte und konnte (und es gab wirklich ein buntes, vorwiegend rotes Aufgebot!), fand die Verstreuten der Die Linke und des VVN-BdA am Anfang der Demonstration und reihte mich dort ein. Man musste nur eine Frage stellen oder wenig Worte den Nebenstehenden und -laufenden sagen, sofort war ich in ein Gespräch verwi-

ckelt. Natürlich interessiert das Woher und Warum. Viele Genossen aus den alten Bundesländern sind angereist, viele sprachen über ihre Gründe, aus der Partei auszutreten, aber auch dabeizubleiben. Ich merkte, wenn man die eigene Meinung ehrlich vertreten kann, gelingt es, einige Zweifler zum Nachdenken zu bringen. Einig war man sich über den kleinsten gemeinsamen Nenner, dem Antifaschismus.

So liefen wir unter einem immer länger werdenden Menschenzug die Frankfurter Allee entlang. Eine Antifaschistin und Genossin aus Berlin konnte mir über jedes Gebäude eine Geschichte erzählen. Kurz bevor wir links weiter in Richtung Gedenkstätte Friedrichsfelde abbiegen konnten, stoppte plötz-



Damals war einer der Momente, in denen ich dachte: Ja, wir müssen interkulturell über das Problem des Antisemitismus und das Existenzrecht Israels sprechen. Die Gründung des Staates Israels als Konsequenz aus der Shoa, dem Genozid an 6 Millionen Jüdinnen und Juden, ist unverhandelbar. Anti-Antisemitismus ist nicht als „Staatsräson“ zentral, sondern muss aus humanistischer Perspektive unverhandelbarer Konsens unserer Gesellschaft sein – genau wie Antirassismus und ein glaubhaftes Einstehen gegen jegliche anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

Wir müssen miteinander ins Gespräch kommen. Wir müssen Räume für einen „interkulturellen Austausch“ schaffen, denn reine Konfrontation und Etikettierung bringen hier wenig weiter. Das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels, die aktive Erinnerung an den Holocaust, der Kampf gegen Antisemitismus – all das, was für uns emanzipatorische deutsche Linke ein Muss ist, muss im Diskurs mit neu dazugekommenen Menschen, die eben oft andere Erfahrungen, Sozialisatio-

nen und auch eine andere Lesart der Geschichte haben, einen Platz finden.

Dazu bedarf es Zuhören und Respekt auf beiden Seiten. Hierzu gehört auch, Fehler zuzulassen und im gemeinsamen Prozess zu eindeutigen, verbindenden Standards zu kommen. Dazu verlangt es weiterhin, die Erfahrungen individueller Menschen anzuerkennen und ernst zu nehmen – und das tun wir als europäisch sozialisierte Menschen in vielen Belangen zu wenig, nicht nur in Bezug auf Israel, sondern auch hinsichtlich kolonialer Erfahrungen und westlichem Agieren im globalen Süden. Damit dies gelingt, braucht es Bildung, Debattenräume, Vertrauen.

Definitiv nicht wird dies Hand in Hand mit ideologisierten autoritären Akteuren funktionieren, für die Israel und die USA der Inbegriff des Bösen und Terrororganisationen wie die Hamas koloniale Befreiungsbewegungen darstellen. Antisemitischer Terror hat nicht mit antikolonialen Kämpfen zu tun! Aber auch das emotional schnell über die Lippen gehende Labeling des militärischen

Agierens Israels in Gaza als „Genozid“ trägt ebenso wenig zu einer sachlichen Debatte bei, wie das Anprangern der Vertreibung von Palästinenser*innen sofort unter Antisemitismus-Verdacht zu stellen.

Das Massaker am 7. Oktober hat Israel verändert; der legitime, aber in seiner Form völkerrechtlich zweifelhafte Gegenschlag hat das Leben in Gaza noch weiter zur humanitären Katastrophe gemacht. Nach Jahrzehnten der Gewalt sind dies einmal mehr Gründe, für einen wirklichen, gerechten Frieden einzustehen – sowie für eine Zukunft ohne die Hamas und ohne die extrem rechte Regierung unter Netanjahu, die den Konflikt durch Unterstützung von Siedler*innen, der reinen Verwaltung der Auseinandersetzungen mit der Hamas und innenpolitischen Entdemokratisierungsschritten in letzter Zeit zweifelsohne zugespitzt hat.

Die Hoffnung auf Frieden, auf ein Zusammenleben in Würde, sollte nicht aufgegeben werden. Und das auch hier vor Ort zu leben, das ist an uns.

lich der Zug. Die Polizei sperrte die Straße ab. Was war los? Offizieller Stopp durch eine Polizeimaßnahme. Gerüchte kamen an: Es gab eine falsche verbotene Losung. Wieder diese Antifa? Palästina?

Die Reihen hinter uns lichteten sich. Wird bereits aufgelöst? Nach einer gefühlten halben Stunde erfuhren wir, ein Ruf der Palästinenser nach Freiheit war der Anlass für das Eingreifen der Polizei. Dies nicht verstehend und etwas verwirrt lief ich wie viele an der Polizei vorbei zum Gedenkort. Dort wusste man an den Ständen nichts von den Vorfällen, sondern wartete auf die Demonstranten.

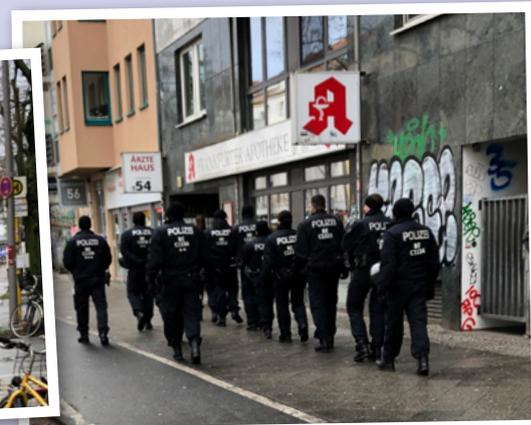
In Ruhe begann ich mit dem Rundgang auf dem Ehrenhain und las die Namen der Opfer des Faschismus und der Verfolgte des Naziregimes. Voller Emotionen waren meine Erinnerung an diese Menschen, ihre Geschichten und Gedichte. Sie müssen dies für nachfolgende Generationen wachhalten, um vor faschistischem und rassistischem Gedankengut und deren Folgen zu warnen.

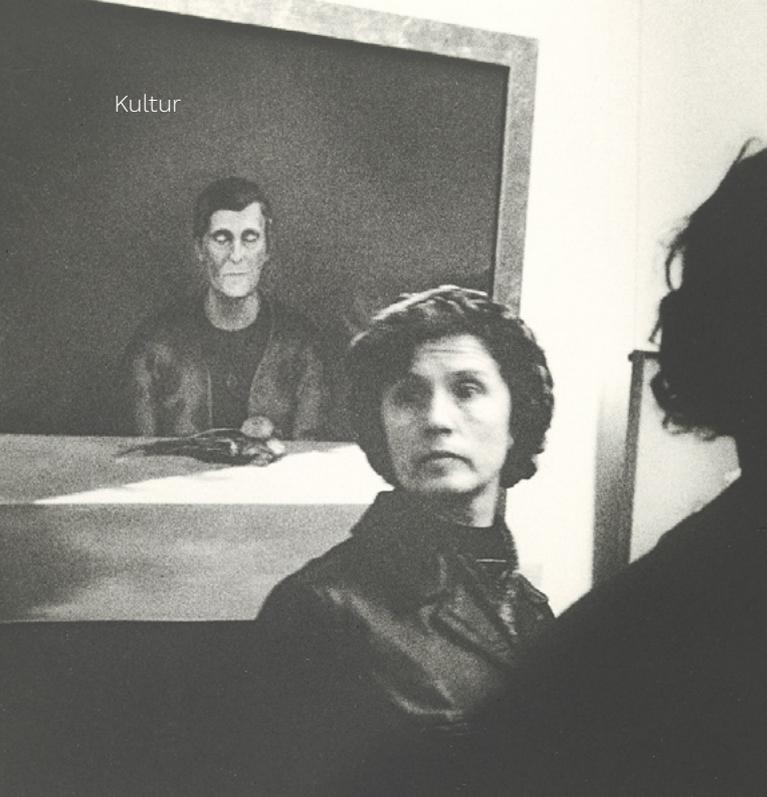
Erst nach einer Stunde erfuhren wir die Gründe des Polizeieinsatzes und wurden über die weitere Fortsetzung der Demonstration informiert.

Ein gewaltiger Strom von Menschen ergoss sich nun vor und auf dem Gelände der Friedrichsfelder Gedenkstätte.

Erst als ich zurück zu meinen Verwandten kam, sah ich durch im Internet veröffentlichte Videos, was eigentlich geschehen war und verstand deren Sorgen. Verfolgen kann man alles auch in Berichten der Tageszeitungen, die für korrekte, ehrliche, wahrheitsgemäße Information stehen wie ND und JW. Ich selbst war zwar bei der Demonstration vor Ort, habe aber die Konflikte selbst nicht erlebt und bin nun entsetzt über den Polizeieinsatz.

Wir wünschen Freiheit für alle Menschen und ein Recht auf selbstbestimmtes Leben.





Evelyn Richter: „Vor Wolfgang Mattheuers Bild ‚Die Ausgezeichnete‘. Albertinum Dresden“, 1975, Evelyn Richter Archiv der Ostdeutschen Sparkassenstiftung im Museum der bildenden Künste Leipzig, © Evelyn Richter Archiv



Eva Wagner-Zimmermann: „Angelika Dürrast, Evelyn Richter und Ursula Arnold im Einsatz“, Leipzig, 1953/54, Privatbesitz © Nachlass Wagner-Zimmermann

Freundinnen der Fotografie

Daniel Merbitz Ausstellung „Evelyn Richter. Ein Fotografinnenleben“ im MdbK

Die Fotografien von Evelyn Richter haben sich in das (ostdeutsche) kollektive Gedächtnis eingebrannt. Allen voran ist dabei die Aufnahme zu nennen, die vor Wolfgang Mattheuers Gemälde „Die Ausgezeichnete“ im Jahr 1975 entstanden ist. Zwei Ikonen der DDR-Kunst auf einem Blick.

Noch bis zum 17. März 2024 präsentiert das Museum der bildenden Künste in Leipzig die sehenswerte Retrospektive zu Evelyn Richter. Über 150 Fotografien sind zu bewundern.

Evelyn Richter wurde 1930 in Bautzen geboren, absolviert eine Fotografinnenlehre in Dresden und arbeitet ab 1951 als Laborantin. Im Jahr 1953 wird sie Fotografin am Institut für Spannungsoptik in Dresden und beginnt zum Wintersemester an der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig (HGB) bei Johannes Widmann ihr Studium in der Abteilung Fotografie. Der Exmatrikulation aus krampfhaft gesuchten Gründen im Jahr 1955 folgt ihre freiberufliche Tätigkeit. 1978 wird sie in den Verband Bildender Künstler der DDR aufgenommen und 1983 rückwirkend ihr das Diplom für Fotografie an der HGB verliehen. Späte Gerechtigkeit. Von 1985 bis 2001 unterrichtet sie an der HGB. Sie stirbt 2021 in Dresden.

In der Ausstellung wird ein Leben für die Fotografie lebendig: Leningrad und Moskau, 1989, in Farbe mit einem Lada oder auch der unscharf abgelichtete Herbst 1989, zwei Mädchen mit Kerzen, das Leipziger Kabarett „Academixer“ vor Werner Tübkes großformatigem Gemälde „Arbeiterklasse und Intelligenz“. Sie hat den Blick der Fo-

tojournalistin, rastlos, immer weiter, immer Neues. Sie wagte nach der Wende die Arbeit mit Großformaten und experimentierte mit Farbe und Formen wie beim 1994 entstandenen Selbstporträt in Paris. Bekannt ist ihre Unentschiedenheit, auch die Formatwahl betreffend. Ein permanentes Ringen mit sich selbst. Die bislang wenig beachteten Auftragsarbeiten für „Sibylle“ und „Das Magazin“ werden genauso gezeigt wie ihre berühmten Fotobücher von „Paul Dessau“ (1975) bis zum „Entwicklungswunder Mensch“ (1980).

Wohltuend ist der Blick auf ihr Netzwerk. Die Arbeiten der vier Freundinnen Ursula Arnold (1929–2012), Evelyn Richter (1930–2021), Christa Sammler (*1932) und Eva Wagner-Zimmermann (1928–2015) sind das erste Mal gemeinsam zu sehen. Dabei ist besonders Eva Wagner-Zimmermann eine wahre Entdeckung. Sie studiert 1950 bis 1954 an der HGB und siedelt nach dem freiwilligen Ende ihrer Leipziger Studienzeit nach Göttingen zu ihren Eltern um. Nach der Heirat mit dem Physiker Wolfhart Zimmermann begleitet sie ihn auf seinen Dienstreisen: New Jersey, Kalifornien, Mexiko, Österreich. Es entstehen sozialdokumentarische Fotografien. 1962 zieht das Ehepaar nach New York, München folgt 1974.

„Leipzig ist die Stadt der Fotografie“, schwärmt Museumsdirektor Stefan Weppelmann und erinnert an die großen Ausstellungen 2005 und 2016. Untermauert wird dieser Anspruch auch mit dem 2009 gegründeten „Evelyn Richter Archiv der Ostdeutschen Sparkassenstiftung im Museum der bildenden Künste“, mit über 900 Motiven. Auch das

2016 geschaffene „Ursula Arnold Archiv der ostdeutschen Sparkassenstiftung im Museum der bildenden Künste“ muss unbedingt dazu gezählt werden. Der exzellente Katalog (42,- Euro) wurde für den Deutschen Fotobuchpreis nominiert und ist im Museumshop und im Buchhandel erhältlich.

Diese wundervolle Ausstellung, die fast identisch im Jahr 2021 auch in Düsseldorf gezeigt wurde, lebt von der zeitlichen Distanz zur DDR und zu den ersten Zuschreibungen nach der wilden Wiedervereinigung. Ein neuer Blick auf viele scheinbar bekannte Fotografien, sorgsam ergänzt um interessante Neuentdeckungen, insbesondere ihrer Freundinnen.



Ursula Arnold: „Zeitungsfrau“, Leipzig 1956, Ursula Arnold Archiv der Ostdeutschen Sparkassenstiftung im Museum der bildenden Künste Leipzig, © Ursula Arnold Archiv

Rotes Kino: Bad Director

Dirk Apitz In den letzten Jahren tat sich das deutsche Kino mit Komödien sehr schwer und von der Satire möchte ich gar nicht erst sprechen. Doch der Regisseur Oskar Roehler, der gleichzeitig auch für das Drehbuch verantwortlich ist, macht es sich zur Aufgabe, die deutsche Filmindustrie satirisch zu verunglimpfen. Die Hauptfigur, ein Regisseur mit dem Namen Georg, nimmt sich zu wichtig und damit wäre der gesamte Film schon gut umschrieben. Dieser Film bringt keine neuen Erkenntnisse oder mal eine kluge Beobachtung. Brauch es überhaupt noch Satire, wenn die deutsche Filmlandschaft so einen unlustigen Schund fabriziert?

Den Empfang des Deutschen Filmpreises übersteht er nur lästernd und betrunken, das Schaulaufen seiner Kolleg*innen kommentiert er mit bitterbösem Spott. Er verlässt die Party überstürzt und flüchtet sich in ein Antiquariat. Feenhaft und wunderschön taucht hier Grete (Bella Dayne) auf, die er wenig später ausgerechnet im Bordell wieder trifft und sie zu seiner sinnlich-intellektuellen Muse auserkört. Am Set seines neuen Films läuft von Anfang an alles schief. Gregor kollidiert mit den arroganten Hauptdarstellern, die er nicht ausstehen kann, dem Team, das er für unfähig hält, und dem eigenmächtigen Regieassistenten. Während ihm in den letzten Stunden vor der ersten Klappe die Dreharbeiten zu entgleiten und der Absturz in den Wahn drohen, bleibt Gregor nur die Flucht nach vorn: zu Grete, zur Liebe oder

ist auch diese nicht echt?

In den ersten Minuten des Films fällt der Hauptdarsteller Oliver Massucci sofort auf. Das Kostüm und die Maske, das Gebrüll, die schnoddrige Art und der wahnsinnige Blick zeigen sofort, wo der Fokus des Films liegt. Oliver Massucci soll den Film tragen und scheitert daran kläglich. Sein übertriebenes Schauspiel, auch Overacting genannt, ist in der ersten Szene vielleicht noch witzig. Spätestens ab dann nervt er nur noch. Alle anderen Schauspieler*innen überdrehen entweder selbst oder sind nur langweilige Nebenfiguren, die wir, wegen den belanglosen Rollen, einfach vergessen.

Belanglos und langweilig sind die Dialoge. Wir sollen die Sinnlosigkeiten von Kreativen erfassen oder die Idiotie der Filmindustrie. Dabei erfahren wir aber nichts Neues. Nichts, was schon längst bekannt ist und kein Klischee, das ausgelassen wird. Selbst dass der Film selbstgefällig ist, ist nicht einmal unfreiwillig komisch. Alles, was in der deutschen Filmlandschaft schief läuft, wird nicht im Film gezeigt. Es ist die Existenz von diesem Film selbst.

Die Szenen konzentrieren sich nicht auf eine Pointe, sie reiten den eh schon ausgelutschten Witz bis zur Erschöpfung runter. Hier kommen wir wieder auf Oliver Massucci zu sprechen, der mit seiner schnoddrigen und sehr langsam sprechenden Art zu reden, die



Nerven der Zuschauer*innen wirklich auf die Probe stellt. Die erotischen Szenen im Bordell sind dann aber wirklich einfach nur unerträglich. Besonders weil wir uns fragen: „Warum gibt es überhaupt diesen Teil in der Geschichte?“. Für das Finale! Der Film endet so dumm und belanglos, wie er begonnen hat. Der Prostituierten ist Gregor egal. Wer hätte das gedacht?

Fazit: Zumindest ist dieser Satire es gelungen, sämtliche Missstände der deutschen Komödie aufzuzeigen. Aber nicht inhaltlich, sondern als Film selbst. Wenigstens hält der Titel, was es verspricht. **2/10**

Wer aber ist die Partei?

Christian Anneck Ein Bericht zur Leipziger Telefonaktion

Wer aber ist die Partei?
Sitzt sie in einem Haus mit Telefonen?
Sind ihre Gedanken geheim
ihre Entschlüsse unbekannt?
Wer ist sie?

Wer sind sie
Du und ich und ihr – wir alle.
In deinem Anzug steckt sie, Genosse,
und denkt in deinem Kopf.
Wo ich wohne, ist ihr Haus, und wo
du angegriffen wirst, da kämpft sie.

Zeige uns den Weg, den wir gehen
sollen und wir
Werden ihn gehen wie du, aber
Gehe nicht ohne uns den richtigen Weg.

Ohne uns ist er
Der Falscheste
Trenne dich nicht von uns!
Wir können irren, und du kannst
Recht haben, also
Trenne dich nicht von uns!

Daß der kurze Weg besser ist als der
lange, das leugnet keiner.
Aber wenn ihn einer weiß
Und vermag ihn nicht zu zeigen,
was nützt uns seine Weisheit?
Sei bei uns weise
Trenne dich nicht von uns!

(Bertolt Brecht)

Mit diesen nachdenklichen Worten von Bertolt Brecht möchte ich meinen Bericht zur Telefonaktion der Leipziger Linken beginnen. Ein, so denken sicherlich manche, eher ungewöhnlicher Beginn, für einen Be-

richt einer Aktion, bei der es „nur um das Telefonieren ging“. Richtig, es ging nur um das Telefonieren. Es ging um das Sprechen mit Genossen und Genossinnen als Erhalt unseres eigenen Selbst im Angesicht der

Widrigkeiten und Stürme im aktuellen Geschehen. Die brecht'sche Fragen, wer die Partei sei, beschäftigte wohl nicht nur die über 20 Leipziger Genossen und Genossinnen, zwischenzeitlich unterstützt von unse-

ren Abgeordneten Sören Pellmann und Jule Nagel, welche vom 15. Januar bis 03. Februar an insgesamt 14 Tagen abwechselnd in jeweils täglich zwei Schichten über 50 Stunden telefonierten und dabei über 3.500 Anrufe in Sachsen und Sachsen-Anhalt getätigt haben. An Luxemburg angelehnt, könnte die Aktion auch folgenden Unterton gehabt haben: Fragen, schonungslose Selbstfragen sind das Lebenslicht der proletarischen Bewegung. Und wir fragten: Bewegende, ermutigende, traurige und inspirierende Gespräche zeigen, dass noch immer Kampfesmut, sorgende Hoffnung und fühlbare Gedanken unsere Genossen und Genossinnen umtreibt. Mit dieser Aktion haben wir versucht zu zeigen, dass wir eine lebendige und solidarische Partei sind, die sich für die Interessen der Lohnabhängigen einsetzt und die Bedürfnisse ihrer Mitglieder ernst nimmt.

In der bundesweiten Kampagne haben in über 12 Telefonzentralen Genossen und Genossinnen ihresgleichen angerufen und die thematischen Schwerpunkte, Wahlkampfmöglichkeiten, aber auch individuelle Probleme notiert. Die Antworten der Angerufenen werden uns wertvolle Zutaten für die Mitgliederaktivierung und für die thematische Fokussierung in den kommenden Wahlkämpfen geben. Bundesweit wurden über 30.000 Anrufe getätigt und tausende Mitstreiter gefragt, was sie bewegt, was sie von der Partei erwarten und wie sie sich in unserer Partei engagieren wollen. Wir haben nahezu alle Neumitglieder angerufen und uns bei ihnen für ihren Eintritt bedankt, ihnen auch unsere Unterstützung angeboten, wenn sie Fragen oder Probleme hatten. Wir erreichten Berufstätige, Rentnerinnen und Rentner, Alleinerziehende, prekär Beschäftigte, Studierende, Arbeitslose; in Summe also den Querschnitt unserer Klasse und damit auch unsere Partei als, so doch wenigstens noch ideell, Herz dieser Klasse. Wir wollten ihnen das Gefühl geben, dass sie nicht allein sind, vor allem in den ländlichen Regionen mit wenigen Mitstreitern, sondern Teil einer großen Gemeinschaft, die gemeinsam für Sozialismus, Frieden und Demokratie kämpft.

Wir hießen die Erfahrungen und Ergebnisse der Angerufenen als Gast in uns selbst willkommen. Trotz der Distanz qua Telefon



Foto: Christian Annecke

und der impliziten kognitiven Ungeduld als Folge des Ziels möglichst viele Menschen anzurufen, berührten uns viele Gespräche tief. Unsere Telefonzentrale im Leipziger Liebke-Haus war ein solidarischer, kleiner und entspannter Rahmen, um genau die Erkenntnis als Einsicht, als kurzes Öffnen einer Tür im Sinne der Erschlossenheit zu praktizieren. Jedes angerufene Leben beinhaltet eine Enzyklopädie, eine Bibliothek der Erinnerungen und der vergangenen Kämpfe. Sorgen einer alleinerziehenden Mutter, welche sich nicht mehr engagieren kann, aber allzu gerne will, Zorn eines Empfängers, der Linken-Mitglied geworden ist, in der enttäuschten Hoffnung, dass ihm unmittelbar in seiner prekären Lage geholfen wird, Mut einer angerufenen Studentin, die in Zeiten des aufkommenden Faschismus ihre Stimme laut auf einer Demonstration erhebt. Zweifel, Enttäuschung, aber auch Trotz-Alledem-Wille bei vielen langjährigen Parteimitgliedern.

Dennoch: Wir haben nicht alle Genossinnen und Genossen telefonisch erreicht und wir konnten leider qualitativ vielen Angerufenen nicht gerecht werden und insbesondere die älteren Genossen und Genossinnen hätten mehr Aufmerksamkeit am Telefon verdient.

Der Fokus in der bundesweiten Aktion lag auf Mitgliederaktivierung und Abfrage von Themen und Wahlkampfunterstützungsmöglichkeiten. Vielleicht wäre eine Partei-Sorge-Telefonaktion auch gut gewesen, die noch mehr den Fokus aufs Zuhören und nicht aufs Abklicken von Fragebogenkästchen legt. Brecht hätte wohl oft seine Zeilen den Angerufenen leise, aber drängend in den Hörer gesprochen: „Trenne dich nicht von uns! Wir können irren, und du kannst Recht haben, also. Trenne dich nicht von uns!“ Diese sogenannten Haltegespräche waren wohl die schwierigsten, aber wichtigsten Gespräche. Trotz knapper zeitli-

cher Rahmenbedingungen konnten wir vor allem eines in Ansätzen versuchen, was in der Vergangenheit viel zu oft zu kurz kam: Zuhören. Die Momente des zuhörenden Telefonierens, und auch des Lesens, befreien uns von uns selbst, damit wir in andere hineinschlüpfen und dabei lernen können, was es heißt jemand anders zu sein – Zweifel, Hoffnungen und Wünsche zu hören und ernst zu nehmen. Zweifel, Hoffnungen und Wünsche, die in unserer Partei oftmals nicht mehr gehört wurden und somit auch nicht mehr laut geäußert werden.

Die Telefonaktion war eine bereichernde Erfahrung für uns alle. Die Partei ist mehr als ein Zusammenschluss vereinzelter Einzeller; sie muss eine Solidargemeinschaft sein, die zusammenhält und sich gegenseitig unterstützt. Dies ist oft Wunsch und nicht Realität: Doch das gilt es zu ändern. Wir haben gemerkt, wie wichtig es ist, mit unseren Mitgliedern in Kontakt zu bleiben und ihnen zuzuhören. Wir glauben, dass das persönliche Gespräch mit unseren Mitgliedern der erste Schritt ist, um unsere Partei zu stärken und zu erneuern. Wir hoffen, dass ihr weiterhin aktiv bleibt und euch an unseren Aktionen beteiligt. Wir freuen uns auf ein baldiges Wiedersehen – ob am Telefon, im Internet oder persönlich. Und vielleicht können wir dann zusammen die brecht'sche Frage beantworten, wer die Partei ist.

Im Namen des Leipziger Organisationsteams (Nils Knappik, Alexander und Johannes Schmidt, Yasmin Aydin, Reinhard Natke, Robby Wagner und der Unterzeichnende) danke ich allen Genossinnen und Genossen, die an der Telefonaktion teilgenommen oder uns anderweitig unterstützt haben. Ihr habt einen wichtigen Beitrag für unsere Partei geleistet. Dank gilt auch allen Mitgliedern, die wir angerufen haben. Ihr habt uns eure Zeit, eure Meinung und euer Vertrauen geschenkt. Ihr seid das Herz unserer Partei.

Feliks Tych: Leo Jogiches – Alternativen zu Lenins diktatorischem Modell

Christian Annecke Ein Veranstaltungsbericht aus der Reihe: Rosas Salon

„Einen Augenblick schien die alte Ordnung der Dinge auf den Kopf gestellt zu sein, ja, die Dinge fingen an, sich in Menschen zu verwandeln, es gab sogar namhafte Menschen [...]“ (MEW 1, S. 341).

Zwei dieser namhaften Menschen waren Leo Jogiches (*1867 in Wilna; † 1919 in Berlin) und Feliks Tych (*1929 in Warschau, † 2015 ebd.).

Namhafte Menschen, welche den heutigen Nachgeborenen eher unbekannt sind und es hohe Zeit ist, diese Kämpfer der Entzauerung der Welt wieder auf die Bühne der heutigen Linken zu holen.

Am 18. Januar fand die Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen mit dem Titel "Feliks Tych: Leo Jogiches – Alternativen zu Lenins diktatorischem Modell" in „Rosas Salon“ im Leipziger Felsenkeller statt. Dr. Holger Politt, der langjährige Leiter des RLS-Regionalbüros Ostmitteleuropa in Warschau, stellte das Heft 20 der Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte vor, das die Fragmente zur politischen Biographie von Leo Jogiches enthält, die der polnische Historiker Feliks Tych hinterlassen hat. Dr. Politt schaffte es eindrucksvoll und tiefgründig zu Jogiches und Tych zu berichten. Tych war einer der besten Kenner der Geschichte des sozialistischen Denkens im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert und ein renommierter Experte für Rosa Luxemburg, deren politische Wege er erforscht hat. Die Fragmente zu Jogiches sind eine wertvolle Quelle für das Verständnis seiner Rolle als Organisator, Theoretiker und Kämpfer der sozialistischen Bewegung in Polen, Deutschland und Russland.

Die Moderation des Abends übernahm Prof. Manfred Neuhaus, der ehemalige Vorsitzende und Geschäftsführer der RLS Sachsen. Er führte ein neugieriges, warmherziges und intellektuell begeistertes Gespräch mit Dr. Politt über die Bedeutung von Leo Jogiches und Rosa Luxemburg. Es war, so einleitend Prof. Manfred Neuhaus, die 18. Debatte in Rosas Salon und die 70. derartige Veranstaltung. Er würdigte zudem anfangs das Wirken des verstorbenen Freundes, Kollegen und ehemaligen Vorstandsmitgliedes der RLS Sachsen Prof. Dr. Wolfgang Geier.

In der Vorstellung des Lebens von Jogiches durch Dr. Politt wurde deutlich, dass Jogiches und Luxemburg nicht nur historische Figuren sind, sondern auch aktuelle Anregungen für eine kritische Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse und eine emanzipatorische Praxis bieten. Leo Jogiches war nicht nur langjähriger Lebensgefährte (1891 – 1906) von Rosa Luxemburg, sondern auch einer ihrer wichtigsten politischen Weggefährten. Er war ein maßgeblicher Aktivist der Sozialdemokratie des Königreichs Polens und Litauens, der Spartakusgruppe und der Kommunistischen Partei Deutschlands. Er unterstützte Rosa Luxemburg in ihren theoretischen Arbeiten, gab ihr wesentliche Einblicke zur sozio-ökonomischen Situation des zaristischen Russlands, organisierte den Widerstand gegen den Ersten Weltkrieg und den Aufbau einer revolutionären Bewegung in Deutschland. Er war während des Januaraufstands 1919 an ihrer Seite. Nach der Ermordung von Luxemburg und Liebknecht war Jogiches kurzzeitig Vorsitzender der KPD. Er versuchte beharrlich ihre Mörder zu finden, wurde jedoch Anfang März 1919 verhaftet und im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit von einem Polizisten ermordet. Anschließend verfiel der namhafte Leo Jogiches der *Damnatio Memoriae*.

Besonders hervorgehoben wurden an diesem Abend im Leipziger Felsenkeller die Überlegungen zur sozialistischen Demokratie. Leo Jogiches wurde als ein Beispiel für einen revolutionären Politiker gewürdigt, der sich oft im Hintergrund aufhielt, der sich von den konkreten Bedingungen und Möglichkeiten der historischen Situation leiten ließ und den Kampf um politische Freiheit mit breiter Bildung der Volksmassen als halben Weg zum Sozialismus verstand.

Dr. Politt hat im Heft 19 der Forschungsberichte der RLS eine beeindruckende Dokumentation der Auseinandersetzung Rosa Luxemburgs mit dem Programm der russischen Sozialdemokratie und ihre Tätigkeit in der „Gazeta Ludowa“ geleistet. Er übertrug 55 Beiträge Luxemburgs erstmals aus dem Polnischen ins Deutsche und versah sie mit mehr als 150 Fußnotenkommentaren. Prof. Manfred Neuhaus würdigte diese Forschungsarbeit zurecht als editorische Leistung. Eine Leistung, die auch in der Vorstellung von Feliks Tychs Verdiensten zur Forschung von Leo Jogiches im Allgemeinen und die Bedeutung für gegenwärtige politische Diskussionen im Besonderen besonders deutlich wurde.

Die Wiederentdeckung von Rosa Luxemburg als bedeutende sozialistische Denkerin und Kämpferin, und somit auch des Wirkens von Leo Jogiches, begann erst, als in den 1950er Jahren mehr als 1000 Briefe von Luxemburg an Leo Jogiches in einem Archiv in Moskau gefunden wurden. Diese Briefe sind eine unschätzbare Quelle für die Luxemburg-Forschung. Feliks Tych hat einige der wichtigsten und besten Studien zu Rosa Luxemburg verfasst, die das Verständnis ihres politischen Lebensweges enorm bereichern. Leider sind seine Texte verstreut und es gibt kein zusammenfassendes Werk. Nach dem Ende des sowjetischen Staatssozialismus in Osteuropa fasste Tych den Plan, eine umfassende politische Biografie über Leo Jogiches zu schreiben. Dieses Projekt scheiterte jedoch, weil Tych eine neue Herausforderung annahm: Er wurde 1995 unerwartet und verdienstermaßen zum Direktor des renommierten Jüdischen Historischen Instituts (ŻIH) in Warschau ernannt, wo er bis 2006 wirkte. Danach war Tych vor allem als Holocaustforscher international gefragt.

Bücher sind unser Zuhause und in Zeiten, in denen unsere Aufmerksamkeit in immer kürzere Intervalle gehackt werden, und das tiefe Lesen, das Eintauchen in das ausformulierte Denken anderer Menschen oft nicht mehr genügend stattfindet, waren die mahnenden Worte von Prof. Manfred Neuhaus an diesem Abend besonders wichtig: „Wenn überhaupt etwas von unserer Stiftungsarbeit die Zeitläufe überdauern wird, diese Anmerkung kann ich mir nicht verkneifen, dann werden es die mit Enthusiasmus und ehrenamtlichem Engagement geschaffenen

und in vielen Bibliotheken weltweit überlieferten Drucksachen sein.“

Die Forschungsergebnisse zu Jogiches Fragmenten werden in den Forschungsberichten der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum ersten Mal in deutscher Sprache in einer zusammenfassenden Form einem breiteren Publikum präsentiert. Der Leser kann die Konturen und die Struktur der geplanten Jogiches-Biographie deutlich erkennen. Zwei Aspekte stellte Dr. Politt besonders heraus: Erstens die ausführlichen Einblicke in die Jahre in Wilna (Vilnius), in denen der spätere Sozialist heranwuchs und sich im Widerstand gegen die Zarenherrschaft bewährte. Zweitens die politische Verbindung, die zwischen Rosa Luxemburg und Jogiches in den gemeinsamen Jahren entstand. Die Fragmente zu Jogiches werden ergänzt durch autobiographische und biographische Zeugnisse des Historikers selbst, die ihn im Blick auf die Zeit vor 1945 in den Zusammenhang einordnen.

Die Reihe „Rosas Salon“ bot somit mit dieser Veranstaltung einen würdigen Jahresauftakt der Inspiration und der Ermutigung. Auch die Diskussion im Auditorium eröffnete tiefere Einblicke in das Leben und Werk von Leo Jogiches und Feliks Tych, die beide nicht nur bedeutende Zeitzeugen im Angesicht der Widrigkeiten des Lebens waren, sondern auch engagierte Persönlichkeiten für die Veränderung der Welt. Diskutiert wurden Umstände von Erinnerungswürdigkeiten, Verbindungen und Unterschiede von Luxemburg und Jogiches oder auch die Rezensionsgeschichte in Ost- und Westdeutschland.

Namhafte Menschen und ihr Schaffen mögen Beispiel sein, aber auch ihr Tod ist, im Sinne Ernst Blochs, eine Nicht-Utopie. Bei Homer ist der Tod ein Zwilling des Schlafes; bei Hesiod leben sie beide am Tor zur Unterwelt und im barocken Trauerspiel werden die Toten zu Statuen, die einen Sinn symbolisieren, der über ihr eigenes Leben hinausgeht. Der Wunsch nach Veränderung der Welt hat viele Menschen inspiriert – und war dadurch stärker als der Tod. Das Überleben der Linken, diese ursprüngliche Kraft des Fortschritts, sich nicht aufzugeben trotz des Wissens um die eigene individuelle Vergänglichkeit, ist das philosophisch bedeutendste Urmodell von Hoffnung in einem Wärmestrom der Linken. Einem Wärmestrom, dem sicherlich Leo Jogiches und Feliks Tych angehören.

Die Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte können hier heruntergeladen werden: <https://sachsen.rosalux.de/publikation/id/51493/feliks-tych-leo-jogiches-alternativen-zu-lenins-diktatorischem-modell>

Historische Aufarbeitung von „Flucht, Vertreibung und Deportation“

Siegfried Schlegel In der Stadtratssitzung am 24. Januar stand auch der CDU-Antrag „Aufstellungsort für Stein zum Gedenken an die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation infolge des Zweiten Weltkriegs zur Verfügung stellen“.

Zielführender gegenüber dem CDU-Antrag mit war schließlich der beschlossene Verwaltungsstandpunkt. Durch diesen wird der Oberbürgermeister beauftragt, ein wissenschaftliches Gutachten erstellen zu lassen, das untersucht, wie an das Thema „Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation“ von Bürger/-innen nach dem Zweiten Weltkrieg in Leipzig erinnert werden könnte. Um dies zu gewährleisten, soll die Erinnerungspraxis verschiedener Kommunen als Vergleichsrahmen Eingang in die wissenschaftliche Betrachtung finden. Das Gutachten soll auf die Geschichte der Flüchtlinge und Vertriebenen eingehen, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Leipzig ansässig wurden. Die Ergebnisse werden zusammen mit einem Entscheidungsvorschlag zur Aufstellung des Steines dem Stadtrat vorgelegt. Mit 47 Für-, bei 10 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen stimmte der Stadtrat dem Verwaltungsstandpunkt zu. Abgelehnt wurde der AfD-Vorstoß, den Ursprungsantrag abzustimmen, obwohl die CDU-Fraktion den Verwaltungsstandpunkt übernommen hatte. Auch wurde aus dem Beschluss das Adjektiv „deutschstämmige“ vor Bürger/-innen gestrichen.

Nunmehr ist eine notwendige öffentliche Debatte auf wissenschaftlicher Grundlage unter Einbeziehung der ganzen Stadtgesellschaft und nicht nur einzelner Vereine, wie Aussiedlerverband Sachsen oder des Regionalverbandes der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler, zu organisieren. Ausgangspunkt dürfen nicht die Ansichten und die Begrifflichkeiten in den beiden deutschen Staaten sein, die sich verschieden entwickelt hatten. Deshalb können nicht einfach die westdeutschen Sichtweisen und Interpretationen übernommen werden. Maßgebend müssen vor allem die völkerrechtlich verbindlichen Abkommen und die darin verwendeten Begrifflichkeiten in den Originalsprachen sein.

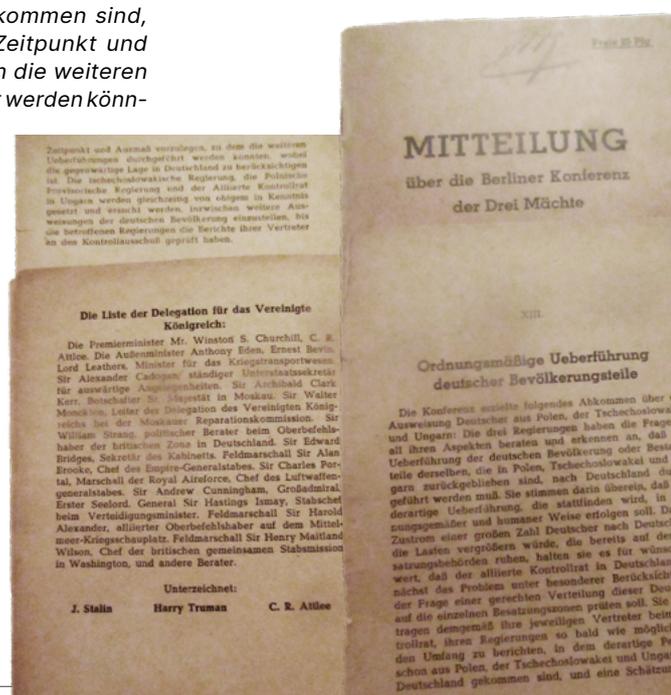
Nach Konferenzen in Moskau und Teheran sowie Vorabsprachen auf der Krimkonferenz in Jalta im Januar 1945 wurden die Themen in den Beschlüssen auf der „Berliner Konferenz der Drei Mächte“ im Juli 1945 endverhandelt und am 2. August von den 3 Staatschefs Stalin, Truman und Atlee unterzeichnet. Tatsächlich haben die Verhandlungen in Cecilienhof bei Potsdam stattgefunden. Darin haben die drei Mäch-

te UdSSR, USA und Großbritannien neben Themen, wie die Gründung der Vereinten Nationen, die Neuaufteilung von Staaten und Grenzen in Osteuropa oder der Umgang mit Kriegsverbrechern im Kapitel XIII auch die „Ordnungsgemäße Ueberführung deutscher Bevölkerungsteile“ bestimmt. Diese wurden auf Veranlassung der Alliierten auch in deutscher Sprache als Mitteilung veröffentlicht, wie eine Druckschrift von 1945 der Sächsischen Landesdruckerei beweist. In dem Kapitel XIII Ordnungsmäßige Ueberführung deutscher Bevölkerungsteile heißt es – Zitat:

„Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn: Die drei Regierungen haben die Frage in all ihren Aspekten beraten und erkennen an, daß die Ueberführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll. Da der Zustrom einer großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhen, halten sie es für wünschenswert, daß der Alliierte Kontrollrat in Deutschland zunächst das Problem unter besonderer Berücksichtigung der Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen soll. Sie beauftragen demgemäß ihre jeweiligen Vertreter beim Kontrollrat, ihren Regierungen so bald wie möglich über den Umfang zu berichten, in dem derartige Personen schon aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland gekommen sind, und eine Schätzung über Zeitpunkt und Ausmaß vorzulegen, zu dem die weiteren Überführungen durchgeführt werden könnten, wobei die gegenwärtige Lage in Deutschland zu berücksichtigen ist. Die tschechoslowakische Regierung, die Polnische Provisorische Regierung und der Alliierte Kontrollrat in Ungarn werden gleichzeitig von obigem in Kenntnis gesetzt und ersucht werden, inzwischen weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen die Berichte ihrer Vertreter an den Kontrollrat geprüft haben.“

Anders als in der über 70-jährigen Geschichtsschreibung der BRD haben also nicht die Länder Tschechoslowakei, Polen und Ungarn sowie andere Länder „Flucht und Vertreibungen“ geschürt, sondern vielmehr basieren die Umsiedlungen auf Basis völkerrechtlicher Abkommen der Alliierten, zu denen Ende 1945 noch Frankreich dazu kam. Auch wurde die Flucht in Ostpreußen bereits ab 1944 von deutscher Seite losgetreten, was beispielsweise die Familie meiner Mutter leidvoll erfahren musste.

In den zurückliegenden Jahrzehnten gab es seitens der BRD immer wieder Versuche, Beschlüsse von alliierten Konferenzen nach eigenem Belieben zu deuten. Das ging bis hin zu Begrifflichkeiten. Seitens der Alliierten wurde immer wieder klargestellt, dass die Sprachen der Alliierten Konferenzen maßgeblich sind. So hat die Schlussakte von Helsinki und das Viermächteabkommen 1990 klargestellt, dass die Beschlüsse der Alliierten von 1945 und deren Umsetzung in den Folgejahren weiterhin gültig sind. Nur dadurch wurde der Weg frei gemacht, zur Aufnahme von Verhandlungen zur Herstellung der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Zu Unrecht ist deshalb oft von den Zwei plus Vier Verträgen die Rede, obwohl es umgekehrt heißen muss. Auch die nach dem 2. Weltkrieg entstandenen Grenzen in Europa wurden als endgültig festgestellt. Obwohl nicht maßgebend, aber mit Sicherheit dürfte auch die Zerstörung von vielen Städten und Dörfern, ja ganzer Landstriche in Europa die getroffenen Nachkriegsentscheidungen befördert haben.



Neue Grabanlage für Marinus van der Lubbe

Volker Külöw Trotz bitterer Kälte und einem eher traurigen Anlass herrschte am 10. Januar auf dem Leipziger Südfriedhof eine fast heitere Stimmung. Über 150 Menschen waren zusammengekommen, um die nach langjähriger Wartezeit endlich hergestellte Grab- und Gedenkstätte für Marinus van der Lubbe feierlich einzuweihen. Auf den Tag genau 90 Jahre nach seiner Hinrichtung im Hof des Landgerichts in der heutigen Harkortstraße und der wenige Tage später erfolgten anonymen Bestattung, bekam er „erstmalig ein eigenes Grab“, wie der Vorsitzende der Gesellschaft, Alfred E. Otto Paul, anmerkte. Ein Jahr zuvor war am 25. Januar 2023 in einer spektakulären Graböffnung die Authentizität der Gebeine van der Lubbes durch eine gerichtsmedizinische Untersuchung der Universität Leipzig festgestellt worden.

Zur Einweihung jetzt waren auch vier Familienmitglieder angereist. Der 59 Jahre alte Großneffe von Marinus Patrick Onel, der eine kleine Maschinenbaufirma in Amsterdam betreibt, fasste ihre Sicht und Gefühle zusammen – auch weil er als einziger sehr gut Deutsch spricht: „Mein Großvater war der Bruder von Marinus van der Lubbe. Auch eine Nichte meiner Mutter und ein Neffe sind heute hier aus Spanien und den Niederlanden angereist, weil uns dieser Tag besonders wichtig ist.“

Der Familie habe es sehr gutgetan, zu sehen, wie engagiert sich in Leipzig um die letzte Ruhestätte van der Lubbes gekümmert wird, wie Onel fortfuhr. „In den Niederlanden gab es auch Stimmen, die die Graböffnung vor einem Jahr eher kritisch sahen. Doch dazu gehörten nicht wir als direkte Verwandte. Wir wurden hier vorab gefragt, ob wir damit einverstanden sind. Wir haben immer dafür gestanden, dass die Wahrheit nach oben kommen muss. Die Geschichte hat das Recht, nach der Wahrheit zu suchen.“ Er selbst hatte eine Speichelprobe für die DNA-Analyse zur Verfügung gestellt.

Zweifellos war der Performanceauftritt von Ronnie Sluik der emotionale Höhepunkt der Grabeinweihung. Der niederländische Künstler erzählte, wie es 1999 anlässlich des 90. Geburtstages Marinus van der Lubbes zu Aufstellung eines Gedenksteines auf dem Leipziger Südfriedhof gekommen war – damals aber noch nicht direkt am Grab, das seinerzeit von Urnengräbern überbettet war. „Der Stein besteht aus dem gleichen Material wie der Reichstag. Darauf sind auch Verse aus einem Gedicht zu lesen, dass van der Lubbe während seiner Haft in Leipzig schrieb. Er war ein Einzelgänger, ein Anarcho-Kommunist, zugleich ein kluger und belesener junger Mann.“

Im anschließenden Gedenkkolloquium in der Hauptkapelle – vom stellvertretenden Vorsitzenden der Paul-Benndorf-Gesellschaft Heinz-Joachim Halbach souverän moderiert – wurden zunächst die seinerzeitigen geschichtlichen Ereignisse umfassend beleuchtet. Nach Grussworten des Leiters des Amtes für Stadtgrün und Gewässer, Rüdiger Dittmar, und von Patrik Onel skizzierte Volker Külöw die Folgen des Reichstagsbrandes und erinnerte an den berühmten Prozess vor dem Reichsgericht in Leipzig, in dem neben Marinus van der Lubbe als Reichstagsbrandstifter vor allem der bulgarische Kommunist Georgi Dimitroff zur Hauptfigur und zum wichtigsten Gegenspieler der Nazijustiz wurde. Während Dimitroff freigesprochen werden musste, wurde der Holländer auf Grund eines eigens für ihn geschaffenen Gesetzes („Lex van der Lubbe“) hingerichtet; damit war das Todesurteil ein politisch motivierter Skandal und ein Justizmord; allerdings wurde das rechtswidrige Urteil erst 2008 endgültig aufgehoben.

In einem zweiten Beitrag erinnerte der Berliner Historiker und renommierte Autor Uwe Soukup an die bis in die Gegenwart geführte Reichstagsbrandkontroverse. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die Entstehung dieses beispiellosen Geschichtsskandals in der bundesdeutschen Nachkriegszeit – zwischen unterschlagen Beweismitteln, Erpressungen und alten Nazi-Verbindungen. Wie diese beiden Vorträge wurden auch die folgenden Reden von Alfred Otto E. Paul zur Geschichte des Grabes und die Vorstellung des forensischen Gutachtens durch Carsten Babian von allen Gästen mit viel Interesse aufgenommen.

Mit der neuen Gedenk- und Grabanlage für Marinus van der Lubbe an seiner authentischen Grabstätte und der dazu gehörigen Informationstafel ist ein wichtiger Ort für die städtische Erinnerungskultur mit überregionaler Ausstrahlung entstanden. Nicht zuletzt auch die zahlreichen Artikel in niederländischen Zeitungen anlässlich der Einweihung bezeugen diese Feststellung.



Von Links gelesen

Veranstaltungen zur Buchmesse 2024

Im Rahmen der Leipziger Buchmesse 2024 finden wieder eine Reihe von Lesungen unter dem Slogan Leipzig liest statt. Hier sind alle Veranstaltungen, die aus unserem Umfeld organisiert werden, kurz dokumentiert. Die vollständigen Veranstaltungsankündigungen gibt es unter: www.dielinke-leipzig.de

„In unruhigen Zeiten“ und „Flucht nach Osten“

Liebe Lesefreunde,
ich bin zurzeit auf Lesetour
mit zwei Büchern:

„In unruhigen Zeiten“, das Buch über meine Mutter und meine zwei Väter umfasst 50 Jahre Zeitgeschichte ab 1903 „Flucht nach Osten“ ist das Buch, indem die Flucht Hans Lauters aus dem Zuchthaus zur Roten Armee und die ersten Tage des Neuanfangs nachgezeichnet werden.

Am 22.02.2024, 18:00 Uhr in Bitterfeld „In unruhigen Zeiten“ in der Galerie am Ratswall (Musik-Galerie an der Goitzsche), OT Bitterfeld, Ratswall 22, 06749 Bitterfeld-Wolfen.

Im Rahmen der Buchmesse – Leipzig liest!

- Am 22.03.2024, 13:30 Uhr bis 14:00 Uhr Buchvorstellung „In unruhigen Zeiten“ bei Hugendubel, Petersstraße 12 – 14:00 Uhr, 04109 Leipzig
- Am 22.03.2024, 19:00 Uhr Lesung „Flucht nach Osten“, Ostbüro, Riebeckstraße 1, 04317 Leipzig
- Am 23.03.2024, 16:00 Uhr Lesung „Flucht nach Osten“, Interim by LinXXnet, Demmeringstraße 32, 04177 Leipzig
- Am 06.04.2024, 14:00 Uhr im Galeriecafé Meyersche Häuser, Herrmann-Meyer-Straße 38. 04207 Leipzig „Flucht nach Osten“

Wenn es Interesse gibt, bei euch vor Ort zu lesen, dann teilt es mir bitte mit.

Das betrifft auch die beiden Bücher: „Von einem, der im Zuchthaus Mathematik studierte“, ein Buch, das Einblicke in Erzählungen von Hans Lauter ermöglicht, die er nicht aufgeschrieben hat.

„Der verschwundene Jugendklub“, das Buch über einen kleinen Jugendklub in Torgau, der schließlich den Namen Che Guevara erhielt.

Mit solidarischen Grüßen
Michael Lauter



Einladung zur links-politischen Safari

Zeit: Sa., 23. März, 13 Uhr

Ort: Liebknecht-Haus, Braustraße 15, 04107 Leipzig

Mit dem berühmten ND-Kolumnisten Christoph Ruf irren wir gemeinsam durch den linkspolitischen Dschungel.

Seit ein paar Jahren schreibt der ganz ohne AfD-Zutun in den Südwesten remigrierte Journalist Christoph Ruf nun schon allwöchentlich politische Kolumnen im ND – fachfremd, aber mit viel Meinung.

Die laufen unter der Überschrift „Platzverhältnisse“, kritisieren vieles, viele und besonders gerne die Grünen.

Im thematischen Charterflug von Liane zu Liane erweisen sich dabei Zynismus und Ironie als steuerbefreites Flugbenzin.



Triggerwarnung: Ein Ausweg aus dem Dschungel wird an diesem Abend nicht versprochen. So unseriös ist der Autor dann doch nicht.

Veranstalter: DIE LINKE Leipzig
Moderation: Adam Bednarsky,
Mitwirkende: Christoph Ruf

Fußball? Scheiß Kommerz!

Zeit: Fr., 22. März, 19 Uhr

Ort: Liebknecht-Haus, Braustraße 15, 04107 Leipzig

Gedanken des Fußballromantikers Christoph Ruf zusammengefasst unter dem Buchtitel „Genug geredet! Die Irrwege der Bundesliga und die Inkonsequenz der Fans“.

Veranstalter: Roter Stern Leipzig '99 e. V.
Moderation: Heiko Rosenthal





3 Bilder aus dem Januar

Bild links oben: Gemeinsam mit 60.000 Menschen waren wir am 21. Januar bei der "Zusammen gegen Rechts"-Demonstration in Leipzig! In diesem Jahr, geprägt von vielen Wahlen, ist es wichtiger denn je, dass wir "Gemeinsam gegen Rechts" stehen. Rechtsextreme Bedrohungen, Nationalismus und Rassismus stellen eine ernste Gefahr für unsere demokratischen Werte dar, und es ist Zeit, dass wir als Linke unsere Stimme noch viel lauter und deutlicher dagegen erheben.

Bild rechts oben: Auf der Kreiswahlversammlung am 6. Januar haben wir die LINKEN Direktkandidierenden für die Landtagswahl 2024, welche am 1. September 2024 stattfindet, gewählt. Namentlich sind dies: Nam Duy Nguyen (WK 25 – Leipzig-Mitte), Livia Stöckmann (WK 26 – Leipzig-Südost), Cornelia Falken (WK 27 – Leipzig-Nord), Juliane Nagel (WK 28 – Leipzig-Süd), Adam Bednarsky (WK 29 – Leipzig-West), Marco Böhme (WK 30 – Leipzig-Alt-West), Olga Naumov (WK 31 – Leipzig-Nordwest), Uwe Fiedler (WK 32 – Leipzig-Nordost). Glückwunsch an alle Gewählten.

Bild rechts unten: Auf dem Südfriedhof haben wir am 13. Januar an die Ermordung der Mitglieder der Schumann-Engert-Kresse-Gruppe und anderer antifaschistischer WiderstandskämpferInnen gedacht. Die Nazis gingen nicht nur wenige Monate vor dem Kriegsende und der Kapitulation des deutschen Faschismus tödlich gegen jedwede Art des Widerstands vor. Deswegen gedachten wir im Anschluss auch an Marinus van der Lubbe. Er hätte in diesem Tage seinen 125. Geburtstag gehabt. Seine erneuerte Grab- und Gedenkstätte, anlässlich des 90. Jahrestages seiner Hinrichtung, vor wenigen Tagen eingeweiht.



Fotos: Kay Kamieth

Cuba sí

Vortragsangebot: Aktuelles aus Kuba

Cuba sí Zum 65. Jahrestag seiner Revolution steht Kuba unter großem wirtschaftlichem Druck, seine sozialen Errungenschaften zu verteidigen. Unerbittlich stranguliert die unter Ex-Präsident Trump verschärfte US-Blockade Kubas Menschen; die erneute Verleumdung als angeblich den internationalen Terrorismus förderndes Land bedeutet erhebliche Einschränkungen für den Import lebensnotwendiger Güter.

Zusammen mit den Folgen der Pandemie hat dies zu einer schweren Wirtschaftskrise in Kuba geführt. Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte im vergangenen Jahr um ein bis zwei Prozent. Verschärft wird die Lage durch Devisenknappheit, Inflation und Migration vor allem junger Menschen. „Momentan arbeiten wir in einem Szenario der Kriegswirtschaft“, erklärte Premierminister Manuel Marrero.

Die kubanische Nationalversammlung beschloss deshalb zum Jahresende 2023 Maßnahmen, um makroökonomische Verzerrungen zu beseitigen, den Mangel an erschwinglichen Gütern für

die Bevölkerung zu bekämpfen und die Wirtschaft anzukurbeln. Diese beinhalten Preissteigerungen für Treibstoff, Strom, Gas, aber auch Gehaltserhöhungen im Gesundheits- und Bildungsbereich. Eine Dynamisierung soll es bei der Genehmigung neuer Privatunternehmen auf kommunaler Ebene geben. Geplant sind auch Anpassungen beim Bezug der stark subventionierten Lebensmittel, die über das staatliche System "Libreta" abgegeben werden. 2024 soll die Wirtschaft wieder um zwei Prozent wachsen.

Wie es um Kuba steht, welche Partner das Land unterstützen, welche Perspektiven neue Initiativen wie BRICS bedeuten können und was die Solidaritätsprojekte von Cuba sí bewirken – Antworten auf diese Fragen beantworten wir gern bei einem Vortrag mit anschließender Diskussion. Gern kommen wir zu Euch – wir freuen uns auf Eure Anfrage!

☎ Kontakt: Miriam Näther, Cuba sí AG in der Partei Die Linke, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Tel. 030 2400 9455 und -457, berlin@cuba-si.org und <https://cuba-si.org/>

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **Tandem:** Der Stadtparteitag beschloss die stadtweite Erprobung und Weiterentwicklung eines Tandem-Programms im Rahmen der Neumitgliederarbeit. Dieses können die SBVs bis Ende 2024 mit Unterstützung der AG (Neu-)Mitgliederarbeit und des Stadtvorstandes erproben. Die Neumitgliederbeauftragten können durch gute Zusammenarbeit mit den Tandem-PartnerInnen die Neumitgliederbegrüßung und -einführung verbessern und die Ehrenamtsmotivation erhöhen. Dazu wird aus jedem SBV eine VertreterIn benötigt, die das Projekt vor Ort koordiniert und im Koordinationskreis mitarbeitet. In den SBVs sollten Tandem-PartnerInnen gewonnen werden, um vor Ort Ansprechpersonen für Neumitglieder zu haben, mit denen sie gemeinsam Partei-Treffen besuchen. Die Zuordnung der Tandem-PartnerInnen zu den Neumitgliedern sollte – mit dazugehöriger Dokumentation – ebenfalls vor Ort erfolgen.

**"Dialogforum: Zwischentöne"****Wann:** Fr., 23. Februar 2024, 18:00 Uhr**Wo:** Aula der Quartiersschule
Ihmelstraße, Krönerstraße 3, Leipzig

Seit dem 7. Oktober 2023 schlagen die Emotionen hoch infolge des Anschlags der Hamas gegen Israel sowie dem darauf folgenden israelischen Krieg in Gaza. Verständigung und Gespräche scheinen unmöglich. Wir wollen das scheinbare Unmögliche versuchen und ins Gespräch kommen. Im Rahmen eines Dialogforums wollen wir aus verschiedenen Blickwinkeln auf den aktuellen Konflikt blicken, wollen hören, sprechen und verstehen und nicht polarisieren und streiten. Wir, die Einladenden sind Engagierte aus Zivilgesellschaft, Politik und Kultur und arbeiten schon länger an einem Dialog. Wir positionieren uns klar gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus.

Speaker*innen:

/Aziza/Bouizedkane, Künstlerin
Michael Touma, Maler, Schriftsteller
Angela Fuchs, Mediatorin,
Pädagogin, Therapeutin
Alaa Arda, Kinder- und Jugendpsychiater

Diskussionsrunde:**„Die multiplen Krisen der Linken“****Was:** Sozialberatungen im
Abgeordnetenbüro**Wann:** Mi., 28. Februar 2024**Wo:** Stadtteilzentrum Messemagistrale,
Straße des 18. Oktober 10 a

Die Basisgruppe Messemagistrale und das ZKM laden zu einer Diskussionsrunde über die gegenwärtigen Krisen in der Linken und zu Möglichkeiten eines optimistischen Weges zu deren Lösung ein.

Referent: Christian Annecke**Sozialberatungen 2024 von Sören Pellmann im Büro Grünau****Was:** Sozialberatungen im
Abgeordnetenbüro**Wann:** Mo., 4. März 2024, jeden ersten
Montag im Monat, 17:00-18:00 Uhr**Wo:** Büro Sören Pellmann
Grünau, Stuttgarter Allee 18

Die regelmäßigen Sozialberatungen gehen auch im neuen Jahr 2024 wie gewohnt weiter. Das Team von Sören Pellmann bietet regelmäßig monatlich Sozialberatungen an. Es sind keine Anmeldungen nötig. #NahDran bleibt unsere Devise.

Frauentag – Einladung zum Frühstück in mein Abgeordnetenbüro Grünau mit Susanne Scheidereiter und den Genossinnen der AG Senioren Leipzig**Wann:** Fr., 8. März 2024, 9:30 Uhr**Wo:** Wahlkreisbüro Grünau,
Stuttgarter Allee 18

Dieses Jahr lade ich wieder zum Frauentags-Frühstück in meine Wahlkreisbüro Grünau ein. Susanne Scheidereiter, Sprecherin für Gleichstellung und feministische Politik Die Linke Sachsen, wird uns über ihre laufenden Projekte und Vorhaben und über ihre Arbeit im Landesvorstand Sachsen berichten. So richtig verwöhnen wollen mein Team und ich aber unsere Genossinnen der AG Senioren Leipzig. Wir haben sie am 8. März zum gemeinsamen Frühstück eingeladen, darauf freue ich mich ganz besonders! Ihre Lebensleistungen können nicht genug respektiert und gewürdigt werden, ob als Hausfrauen, berufstätige Mütter/Ehefrauen oder gesellschaftlich engagierte Genossinnen. Frauen leisten nach wie vor den größten Anteil bei der Kindererziehung und kämpfen täglich mit einem Anteil von über 80 Prozent aller Alleinerziehenden mit erheblich mehr Doppel- und Mehrfachbelastungen.

Jeder Genossin übergebe ich natürlich zum Ehrentag auch eine rote Nelke!

Einladung zur Landtagsfahrt mit Marco Böhme

Liebe Genoss*innen, liebe Unterstützer*innen und Interessierte, hiermit laden wir euch recht herzlich zur **Landtagsfahrt nach Dresden, am 20. März 2024** mit dem MdL Marco Böhme ein. Die wichtigsten Informationen zu dieser Fahrt:

- Abfahrt ist um 14:00 Uhr am Hauptbahnhof Leipzig, Treff am Gleis des RE50 nach Dresden

- Besucherprogramm im Landtag um 16:00 Uhr inkl. Plenardebatte live von der Besuchertribüne
- 17:30 Uhr gemeinsames Abendessen und Gespräch mit Marco
- ca. 20:00 Uhr Rückfahrt
- Ankunft in Leipzig 21:50 Uhr

Euch entstehen keine Kosten für Fahrt und Abendessen! Wir benötigen zur besseren Planung aber schnellstmöglich eine verbindliche Zusage. Dem Besucherdienst müssen wir euren Vor- und Zunamen sowie euer Geburtsdatum übermitteln.

Wer mit möchte, schickt bitte zeitnah eine Zusage sowie die gewünschten Daten an: tickets@linxxnet.de
Liebe Grüße, Marco und das INTERIM-Team

Regelmäßige Termine**Stadtvorstand****Wann:** 2. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr
(Nächster Termin: 12. März)**Wo:** Liebknecht-Haus, Braustraße 15
und online per BigBlueButton.

Der Stadtvorstand von Die Linke Leipzig ist zwischen der Parteitage das höchste Gremium des Stadtverbandes. Er trifft sich jeden Monat parteiöffentlich. Diese Treffen finden hybrid statt. Auf Nachfrage in unserer täglich besetzten Geschäftsstelle werden die Infos zu den Treffen gern zur Verfügung gestellt (Kontaktdaten siehe Impressum unten).

Beratung der Ortsvorsitzenden und AG-SprecherInnen**Wann:** 3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr
(Nächster Termin: 19. März)**Wo:** Liebknecht-Haus, Braustraße 15
und online per BigBlueButton.

Der Beratung der Ortsvorsitzenden und SprecherInnen der AGs dient dem Austausch zwischen Stadtvorstand und organisierter Basis bzw. interessierten Mitgliedern. Sie findet ebenfalls hybrid statt und ist für GenossInnen öffentlich. Wer dazu eingeladen werden möchte, sollte in unserer Geschäftsstelle Bescheid geben. (Kontaktdaten siehe Impressum unten).

Herausgeberin:

Stadtvorstand Die Linke Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
Spenden: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: wir-machen-druck, klimaneutral

Redaktion: Kay Kamieth (V.i.S.d.P.), Steffi Deutschmann

Gestaltung: Johannes Schmidt
Das nächste Mitteilungsblatt erscheint im Februar 2024. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 04.03., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.